

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE

2024 12

GESUNDHEIT

In Südafrika betrifft
HIV/Aids heute alte
Menschen besonders

ODA UND SCHULDEN

Fachleute diskutieren
über UN-Vorschläge zur
Entwicklungsfinanzierung

ZENTRALASIEN

Konflikte wegen
willkürlich gezogener
Sowjet-Grenzen



Glaube und Politik

Editorial

- 3 **HANS DEMBOWSKI**
Universelle Werte statt aggressiver Identitätspolitik

Magazin

- 4 **MICHAEL MOYO**
Von HIV/Aids sind in Südafrika Ältere besonders betroffen
- 6 **LUKAS MENKHOFF UND RAINER THIELE**
Wie Afrika von UN-Vorschlag zu Entwicklungsfinanzierung profitieren kann
- 9 **SYINAT SULTANALIEVA**
Spätfolgen sowjetischer Grenzziehungen in Zentralasien
- 11 **IMRAN MUKHTAR**
Pakistan leidet unter schlechter ländlicher Infrastruktur
- 13 **RAPHAEL MWENINGUWE / IMPRESSUM**
Heutzutage: Energie und Dünger aus Abfällen herstellen

Debatte

- 14 **HANS DEMBOWSKI**
Weshalb rechtsgerichtete Oligarchen wie Elon Musk zu Donald Trump halten
- 15 **ROLI MAHAJAN**
Lektionen des Klimagipfels von Baku

Schwerpunkt: Glaube und Politik

- 18 **KARIM OKANLA**
Voodoo ist für viele Menschen in Benin Teil des Alltags
- 20 **INTERVIEW MIT FRANK SCHWABE**
Indigene Weltanschauungen sind spirituell kodiert, ökologisch relevant und existenziell bedroht
- 22 **CHRISTOPH SCHNEIDER-YATTARA UND PETER M. BORCHARDT**
Äthiopiens heilige Wälder
- 24 **INTERVIEW MIT DAGMAR PRUIN**
Religiös motivierte Kräfte treiben in verschiedenen Gesellschaften Entwicklung voran
- 27 **KIM BERG**
Im Westjordanland treibt Israels Siedlungspolitik palästinensische Jugendliche in die Hände radikaler Gruppen
- 29 **KHUSHBOO SRIVASTAVA**
Unter den Taliban leiden Frauen in Afghanistan wieder unter harter Repression
- 30 **ARJUNA RANAWANA**
Buddhismus in Sri Lankas Politik
- 32 **SUPARNA BANERJEE**
Mahatma Gandhi setzte seinen hinduistischen Glauben politisch ganz anders ein, als Narendra Modi das heute tut

SCHWERPUNKT

Glaube und Politik

Alle Religionen verbindet ein Kern gemeinsamer Werte wie Gewaltfreiheit, Wahrhaftigkeit und ökologische Verantwortung. Dieses Weltethos ist eine Basis für Dialog und Zusammenarbeit im Sinne der Entwicklungsziele für Nachhaltigkeit (SDGs – Sustainable Development Goals). Leider hat Glaube aber auch eine dunkle Seite, wenn er für intolerante Identitätspolitik zu Ausgrenzung, Unterdrückung und sogar Verfolgung genutzt wird.

Titelseite: Treffen verschiedener religiöser Würdenträger auf dem Klimagipfel im November in Baku, Aserbaidschan.
Foto: picture alliance / ZUMAPRESS.com / Bianca Otero



Wir brauchen Weltethos, aber keine Identitätspolitik

Alle Religionen der Menschheit haben dem Schweizer Theologen Hans Küng zufolge einen gemeinsamen Wertekern. Er sprach von Weltethos. Dazu gehören Menschlichkeit, Gewaltfreiheit, Wahrhaftigkeit, ökologische Verantwortung und der gleiche Wert jeder Seele. Diesem Wertekanon stimmen auch atheistische Philosoph*innen zu.

Die gemeinsame normative Basis ermöglicht Dialog und Zusammenarbeit. Tatsächlich unterstützen interreligiöse Bündnisse die Art von Global Governance, die die Menschheit für nachhaltige Entwicklung braucht.

Leider hat Glaube auch eine dunkle Seite. Unheilvolle Beispiele von Identitätspolitik plagten Palästina und Israel. Entmenschlichende Brutalität gibt es auf beiden Seiten – ebenso wie unschuldige Opfer.

Mit möglichst schockierendem Terror attackierte Hamas am 7. Oktober 2023 Israel. Die Spitzenleute dieser islamistischen Miliz wollten wohl einen regionalen Flächenbrand auslösen. Aus Erfahrung wussten sie, dass Israel hart zurückschlagen würde, und dann könnten auch Iran und Verbündete in den Krieg hineingezogen werden. Die Extremisten meinten, solch einen Konflikt werde Israel nicht überstehen. Die Hamas will Heiliges Land von der Herrschaft „Ungläubiger“ befreien. Palästinensische Leben sind ihr weniger wichtig. Zynisch heißt es, der Märtyrertod führe sofort in den Himmel.

Leider prägt destruktive Identitätspolitik auch Israel. Vom Staat unterstützt, bauen religiöse Zionist*innen seit Jahren illegale Siedlungen im Westjordanland und sagen, Gott habe ihnen das Land versprochen. Die strikte Segregation im Westjordanland erinnert nicht nur Südafrikaner*innen an die Apartheid. Die Annexion der Westbank ist übrigens ein Ziel im Koalitionsvertrag Israels rechter Regierung. Einige Minister planen öffentlich bereits Siedlungen in Gaza. Ein neuer Bericht von Human Rights Watch mit dem Titel „Hopeless, starving and besieged“ enthält umfangreiche Belege für absichtsvolle, gewalttätige Vertreibung ohne



Israels Premier Benjamin Netanjahu vor der UN-Generalversammlung im September 2023. Unser Schwerpunkt zum Thema Glaube und Politik beginnt auf Seite 17. Er hat direkten Bezug zu allen UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs).

Rückkehrchance. Das kann ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit sein.

Bei seiner UN-Generalversammlungsrede zeigte Israels Premier Benjamin Netanjahu wieder einmal Landkarten, auf denen für Palästina kein Platz war. Die besetzten Gebiete Gaza und Westjordanland wurden als israelisches Staatsgebiet angezeigt.

Was für eine Chuzpe. Mitten im Krieg stieß Netanjahu damit westliche Regierungen, aber auch die anvisierten arabischen Verbündeten vor den Kopf. Sie alle fordern die Zweistaatenlösung, die seine Regierung ablehnt. Zugleich warf Netanjahu den UN und allen, die ihm nicht zustimmen, Anti-

semitismus vor. „Wir siegen“, ergänzte er in triumphierender Manier.

Leider nimmt Netanjahu Antisemitismus nur lückenhaft wahr. Er hält still, wenn rechtsgerichtete Leute aus Europa oder Nordamerika anti-jüdisch agitieren. Prominente Beispiele waren Ungarns Regierungschef Viktor Orbán oder der Milliardär Elon Musk. Netanjahu nutzt Antisemitismusrwürfe manipulativ, um alles zu rechtfertigen, was er tut, und alle zu diskreditieren, die ihn kritisieren. So beschuldigte er denn auch den Internationalen Strafgerichtshof des Antisemitismus, als dieser ihm kürzlich in einem Haftbefehl unter anderem den Einsatz von Hunger als Waffe vorwarf.

Netanjahus Masche verfängt – und das macht es schwer, darauf zu bestehen, dass die Dinge kompliziert sind. Ja, Antisemitismus ist unakzeptabel, Islamophobie jedoch auch. Ja, manche Angriffe dienen Israels Selbstverteidigung, andere aber eher nicht. Zu viele entsprechen der Agenda des religiösen Zionismus, aber nicht internationalem Recht. Solche Aktionen nähren antizionistische und in der Folge auch antisemitische Gefühle. Thomas Friedman von der New York Times warnt, Israels Kriegsführung mache es zum Paria-Staat.

Israels treueste Unterstützer*innen in den USA sind übrigens nicht Juden und Jüdinnen, sondern rechte Evangelikale, die glauben, Armageddon werde mit einem Flächenbrand im Mittleren Osten beginnen. Sie begeistern sich für Donald Trump, der nicht für einen gottesfürchtigen Lebensstil bekannt ist. Derweil hassen Europas Rechtsradikale Muslime mehr als Juden und finden es gut, wenn Israel schön weit weg gegen Erstere kämpft.

Wer in der Politik den Glauben für Identitätspolitik einsetzt, verstößt gegen das Weltethos, das allen Religionen gemein ist – egal, ob es sich um den Präsidenten der USA oder Russlands, die Regierungsspitzen Israels, Indiens oder Italiens oder die autokratischen Entscheidungsträger Irans oder Saudi-Arabiens handelt. Das globale Gemeinwohl braucht das Weltethos, um unseren kleinen Planeten für eine gemeinsame Zukunft gesund zu halten.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von **E+Z/**
D+C.

euz.editor@dandc.eu



SEXUELL ÜBERTRAGBARE KRANKHEITEN

Vergesst die Alten nicht

HIV/Aids bleibt ein großes Problem in Südafrika, auch wenn das Virus international nicht mehr so stark im Fokus steht wie vor 20 Jahren. Trotz Verbesserungen gibt es viel zu tun.

Von Michael Moyo

Die Einführung der sogenannten antiretroviralen Medikamente (ARV) im Jahr 2004 hat die Aids-Situation in Südafrika erheblich verbessert (siehe Box). Ernst bleibt sie dennoch: Heute lebt etwa jede*r siebte Südafrikaner*in mit dem HI-Virus. Das ist die höchste Rate weltweit, auch wenn früher noch fast jede*r fünfte betroffen war. Knapp zwei Drittel der Infizierten werden mittlerweile mit ARV-Medikamenten behandelt, die den Ausbruch der gefährlichen Immunschwäche unterdrücken. Betroffene können so ein weitgehend normales Leben führen.

Neue Studien zeigen, dass die Infektionsrate bei Menschen über 40 Jahre überdurchschnittlich hoch ist (Mann-Goehler et al., 2024). In dieser Altersgruppe ist jede*r Vierte betroffen – und rund 37 Prozent von ihnen bekommen keine ARV-Medikamente. Besonders ernst ist die Lage in armen ländlichen Regionen mit oft geringem Bildungsniveau und starken traditionellen Normen.

Laut Wade Ngoza, Arzt am Mamelodi Regional Hospital in Pretoria, weisen

die Forschungsergebnisse auf zwei miteinander verknüpfte Punkte hin: Positiv sei zum einen, dass 63 Prozent der älteren Patient*innen die benötigte medizinische Versorgung erhalten. Ngoza begrüßt auch, dass HIV-Infektionen landesweit zurückgehen, immer mehr Menschen ihren HIV-Status kennen und ARV-Medikamente weiterhin gut zum Einsatz kommen.

Andererseits stünden noch immer zu viele Patient*innen ohne ausreichende Versorgung da. Außerdem seien ältere Menschen besonders betroffen. Ngoza ist besorgt, dass die Dunkelziffer hoch sein könnte: „Wir wissen nicht, wie viele Ältere mit HIV leben, ohne es zu wissen und ohne sich getestet zu haben“, sagt er und fordert, Senior*innen nicht länger zu vernachlässigen.

Im Kampf gegen Aids lag der Fokus in Südafrika lange auf jungen Menschen. Kostenlose ARV-Behandlungen wurden 2004 eingeführt, zunächst nur für Personen unter 40 Jahren. Diese Altersklasse war auch Hauptzielgruppe für Aufklärungskampagnen zu Behandlung und Prävention.

Die Idee dahinter: Jüngere sind sexuell am aktivsten. „Durch Konzerte, Plakatwände, Zeitungsanzeigen, Festivals und Theateraufführungen wurde HIV verkürzt als Gefahr für junge Menschen in Südafrika dargestellt“, sagt der Sozialarbeiter Bromley

Wandgemälde zur HIV/Aids-Sensibilisierung in einer Klinik am Stadtrand von Kapstadt im Jahr 2009.

Naka. Die Regierung nahm an, dass ältere Menschen kein riskantes Sexualverhalten zeigen und keine Drogen nehmen – und dass die Übertragung auch in anderen Altersgruppen aufhören würde, wenn HIV unter den 14- bis 24-Jährigen gestoppt würde.

Daten von UNAIDS zeigen, dass rund 30 Prozent aller Neuinfizierten in Südafrika im Jahr 2017 zwischen 14 und 24 Jahre alt waren und dass diese Altersgruppe somit am stärksten gefährdet ist. Das bedeutet aber auch: 70 Prozent der Neuinfektionen betreffen andere Altersgruppen, was unbedingt mehr beachtet werden sollte.

ALTERSBEDINGTE STIGMATISIERUNG

Es sei schon immer falsch gewesen zu glauben, ältere Menschen lebten nach höheren moralischen Standards als jüngere, sagt Naka. Eine Nebenwirkung: Das Stigma einer HIV-Infektion nahm mit dem Alter zu. Laut dem Sozialarbeiter wurden viele Senior*innen aus Scham nicht vorstellig und „starben zu Hause einen unnötigen Tod“.

Naka sagt, er kenne mehrere Fälle von Senior*innen, die berichten, sie seien von ihren Kindern verlassen worden, als ihre HIV-Infektion ans Licht kam und sich verschlechterte. Die darauffolgende Einsamkeit habe ihr Leid noch verschlimmert.

Eine Ursache dafür: Vielerorts werden Probleme eher vertuscht als angegangen. Der 63-jährige Pfarrer und HIV-Aktivist Welele Sikhosana erinnert sich: „Bei Beerdigungen älterer Menschen haben die Prediger*innen oft vorgegaukelt, die Todesursache sei Malaria – obwohl wir wussten, dass sie an einer unbehandelten HIV-Infektion gestorben sind.“ Er fügt hinzu, dass sich eine 65-jährige Großmutter schämen würde, wenn sie ihren Kindern und Enkelkindern erzählen müsse, sie benötige ARV-Medikamente, weil sie sich frisch mit HIV infiziert habe. Die Familie würde dies als



moralisches Versagen betrachten. „Wir haben eine Lüge gelebt“, meint Sikhosana.

Thembi Malaika (Name geändert) hat sich wahrscheinlich Ende 40 oder Anfang 50 mit HIV infiziert. Die pensionierte Sexarbeiterin ist heute 70 und lebt in Johannesburg. Sie sagt, HIV-Programme in Südafrika hätten „ältere Menschen von Anfang an schwer im Stich gelassen“. Schließlich sei offensichtlich gewesen, dass Prostituierte ein erhöhtes Risiko hätten und dass nicht alle von ihnen jung seien. Malaika zufolge hat sie bereits 33 Senior*innen, die älter als 59 waren, geholfen, mit ihren Familien offen über ihre HIV-Infektion zu sprechen.

Heute ist sie stolz darauf, dass sich auch ihretwegen langsam etwas geändert hat. „Es war ein harter Kampf“, erinnert sie sich. „Wir lagen im Sterben, haben uns geoutet und die Regierung damit konfrontiert.“ Heute sieht man auf Plakatwänden und in der Fernsehwerbung ältere Bürger*innen, die offen über ihre Infektion sprechen und dazu ermutigen, sich testen zu lassen und eine Krankenversicherung abzuschließen.

Doch auch wenn sich die Lage allmählich verbessert, besteht das Stigma weiter.

Wenn sich 70-Jährige auf HIV testen lassen, müssen sie mit abfälligen Bemerkungen vom Gesundheitspersonal rechnen. Malaika sagt, sie kenne auch 70-Jährige, die die Medikamente heimlich einnehmen aus Sorge, von ihren Enkelkindern abgelehnt zu werden.

NEBENWIRKUNGEN DER ARMUT

Auch Armut hat einen großen Einfluss. Senior*innen sind landesweit mit am stärksten von Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit betroffen, berichtet Brenda Wandiswa, die als Sozialarbeiterin für die Regierung von Gauteng arbeitet, der reichsten Provinz des Landes. Im Jahr 2019 hatten schätzungsweise 30 Prozent der älteren Bevölkerung nicht ausreichend Nahrung. Medien berichten von Senior*innen auf dem Land in der ärmsten Provinz Eastern Cape, die still und leise in ihren Hütten verhungern.

Am schlimmsten ist die Situation für jene, die zwar alt, aber jünger als 61 Jahre sind. Erst ab 61 Jahren hat man in Südafrika Anspruch auf eine kleine staatliche Rente, die bei umgerechnet 60 Dollar pro Monat beginnt. Für jene, die weder Rente beziehen

noch anderweitig ihren Lebensunterhalt bestreiten können, ist eine kontinuierliche ARV-Behandlung besonders schwierig. Wer Tag für Tag improvisieren muss, tut sich mit Routinen schwer. Die Medikamente sind zwar kostenlos, aber gerade in ländlichen Gebieten ist teils schon die Fahrt zur Klinik zu teuer.

Altersdiskriminierung und Stigmatisierung sollten einer ARV-Behandlung nicht länger im Weg stehen. Südafrika macht zwar Fortschritte, hat aber noch einen weiten Weg vor sich.

LINK

Mann-Goehler, J., et al., 2024: HIV among older South Africans in rural areas.

<https://theconversation.com/hiv-among-older-south-africans-in-rural-areas-big-study-shows-theres-a-problem-thats-being-neglected-222954>

MICHAEL MOYO

ist ein afrikanischer Journalist, der nicht möchte, dass dieser Beitrag unter seinem echten Namen veröffentlicht wird.

eu.editor@dandc.eu

ARV-Behandlung in Südafrika

In den 1990er-Jahren stand Südafrika im Zentrum der globalen HIV/Aids-Pandemie. HIV wird hauptsächlich durch Geschlechtsverkehr übertragen, aber gefährdet ist auch, wer Drogen intravenös konsumiert oder Bluttransfusionen benötigt. Zunächst breitete sich das Virus vor allem unter der schwarzen Bevölkerung aus; die wohlhabendere weiße blieb weitgehend verschont.

Armut, mangelnde Bildung und traditionelle Einstellungen spielten eine große Rolle bei der Verbreitung des Virus. Lange Zeit blieb die Regierung – damals unter Präsident Thabo Mbeki – in einer Verweigerungshaltung. Es fehlte an den nötigen wissenschaftlich fun-

dierten Aufklärungskampagnen für Safer Sex, insbesondere für Kondome. Als diese schließlich starteten, war schon mehr als ein Drittel der schwangeren Frauen bei Vorsorgeuntersuchungen HIV-positiv.

Als HIV/Aids Anfang der 1980er-Jahre international Schlagzeilen machte, galt eine positive Diagnose als sicheres Todesurteil. Da es keine Therapie gab, verschlechterte sich der Gesundheitszustand der Betroffenen mit jeder weiteren herkömmlichen Infektion – bis eine tödlich endete.

Das änderte sich in den späten 1980er-Jahren mit der Entwicklung antiretroviraler Medikamente (ARV). Zwar heilen ARVs die HIV-Infektion

nicht, sie unterdrücken aber die Folgen. Für diejenigen, die sich ARVs leisten konnten, wurde HIV damit zu einer kontrollierbaren chronischen Krankheit – und war nicht länger tödlich. Die neuen Medikamente waren aber teuer und durch Patente geschützt. In vielen Ländern mit hohem Einkommen übernahmen staatliche Krankenversicherungen die Kosten.

Nahezu nicht verfügbar blieben ARVs jedoch just in Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen, wo sie am dringendsten gebraucht wurden. Das betraf besonders Südafrika, aber auch andere afrikanische Länder.

Mit dem Gipfeltreffen der WHO in Doha im Jahr 2001 begann sich die Lage zu verbessern. Auf Druck der internationalen Zivilgesellschaft und von Ländern wie Brasilien

und Thailand, die die wissenschaftlichen Erkenntnisse akzeptierten und die Pandemie unbedingt eindämmen wollten, lockerte die WHO schließlich die Rechte an geistigem Eigentum. Regierungen dürfen seither Zwangslizenzen für die Herstellung von Medikamenten erteilen, wenn diese auf dem Markt zu teuer, aber für die öffentliche Gesundheit unerlässlich sind. Pharmaunternehmen weltweit begannen, ARVs in Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen zu wesentlich niedrigeren Kosten zu liefern, was dort mehr Therapien ermöglichte.

Im Jahr 2004 wurde die ARV-Behandlung auch in Südafrika eingeführt. Rückblickend war es ein großer Erfolg. Es gibt dennoch weiterhin viel zu tun im Kampf gegen HIV/Aids (siehe Hauptartikel). DEM



Entwicklung braucht Investition: Großbaustelle in der ruandischen Hauptstadt Kigali.

INTERNATIONALE FINANZARCHITEKTUR

Afrikas Entwicklung besser finanzieren

Angesichts der hohen Verschuldung vieler Staaten ist eine Reform der internationalen Entwicklungsfinanzierung überfällig. Die UN machen hierfür Vorschläge, deren Umsetzung und Erfolgsaussichten aber aus verschiedenen Gründen ungewiss sind.

Von Lukas Menkhoff und Rainer Thiele

Die Bedeutung Afrikas für die Welt und insbesondere für Europa ist in den vergangenen Jahren enorm gewachsen. Afrika hat eine vergleichbare Bevölkerungszahl wie Indien oder China, wächst weiter schnell und könnte ein Zukunftsmarkt sein, der in 25 Jahren ein Viertel der Weltbevölkerung ausmacht. Der Kontinent ist reich an Bodenschätzen, gerade auch an solchen für die Energiewende, und eignet sich für eine klimaneutrale Produktion von Wasserstoff. Gleichzeitig ist Afrika im Allgemeinen immer noch wirtschaftlich schwach und beheimatet nach Angaben der Weltbank rund 60 Prozent aller absolut armen Menschen auf der Welt. Da wirtschaftliche Entwicklung auf Investitionen und deren Finanzierung fußt, ist es naheliegend, Afrika mit mehr Kapital zu unterstützen und dafür

die Entwicklungsfinanzierung auszubauen.

Zu den zahlreichen Initiativen für eine verbesserte Kapitalausstattung Afrikas kam jüngst ein Vorschlag aus den UN hinzu (UN 2023). Er wurde auf dem gemeinsam von Deutschland und Namibia vorbereiteten Zukunftsgipfel im September 2024 bei den UN in New York diskutiert. Wesentliche Elemente des Vorschlags fanden Eingang in den auf dem Gipfel verabschiedeten UN-Zukunftspakt.

Der Vorschlag zur Reform der internationalen Finanzarchitektur betrifft nicht speziell Afrika, enthält aber für Afrikas Entwicklung unmittelbar relevante Elemente. Wir konzentrieren uns im Folgenden auf zwei Reformbereiche, die sich direkt auf Entwicklungsfinanzierung beziehen: Verschuldung und internationale Finanzierung.

Afrika hat aktuell größtes Interesse an einer Reform dieser Bereiche. Zahlreiche Länder des Kontinents sind überschuldet oder stehen kurz davor, sodass eine Lösung dieser Problematik dringend geboten ist. Die knappe afrikanische Kapitalausstattung verschärft sich durch die Kosten einer kli-

maneutralen Transformation der Wirtschaft sowie der Anpassung an den Klimawandel.

ERDRÜCKENDE STAATVERSCHULDUNG

Im UN-Vorschlag finden sich Verbesserungsvorschläge zu drei Themenbereichen:

- Informationen zur Verhinderung von Überschuldung,
- Zinssenkungen zur Krisenvermeidung und
- Umschuldungsverfahren zur Krisenbereinigung.

Die kritische Verschuldungslage in vielen Ländern des globalen Südens ist ein wiederkehrendes und antizipierbares Phänomen. Oft wird sie durch ungünstige gesamtwirtschaftliche Umstände ausgelöst, etwa weltwirtschaftliche Schocks. Dass diese Umstände auftreten können, ist allgemein bekannt.

Folglich müsste die internationale Schuldenpolitik solche Szenarien berücksichtigen, um Überschuldung zu vermeiden. Stattdessen finden sich immer wieder Gründe, das Kreditvolumen abermals heraufzusetzen. Sicher wäre es hilfreich, wie im UN-Papier vorgeschlagen, allen Beteiligten bessere Informationen über bereits aufgenommene Kredite zur Verfügung zu stellen, doch am Ende bleibt es die Entscheidung des kreditnehmenden Landes und seiner Kreditgeber.

Offensichtlich haben diese Beteiligten Anreize, Kredite zu oft zu riskant zu vereinbaren. Dem ließe sich entgegenwirken, gäbe es in afrikanischen Ländern mehr unabhängige Kontrollinstitutionen. Leider sind aber

gerade mangelhaft funktionierende Institutionen Ursache und Ausdruck fehlender Entwicklung. Diese negative Verstärkung zu durchbrechen, ist schwierig. Hier liegt auch bei den Kreditgebern große Verantwortung.

Die UN schlagen zudem die Begrenzung von Zinszahlungen vor. Diese sind grundsätzlich immer eine Last, selbst wenn die eigentlichen Entwicklungskredite typischerweise mit einem Zinssatz von nur etwa 2 Prozent vergeben werden, und das meist über 40 Jahre. Andere Kredite sind teurer, darunter solche, die von China vergeben werden. Nochmals teurer sind Kredite zu Marktkonditionen.

Weiterhin wird im UN-Papier vorgeschlagen, stärker zu unterscheiden zwischen Liquiditätskrisen (wenn eine langfristige, erschwingliche Finanzierung die Lösung sein kann) und Solvenzkrisen (wenn Schuldenerleichterungen erforderlich sein können). Wären in Krisenzeiten die Zinssätze nicht gestiegen, sondern hätten auf niedrigem Niveau verharrt, hätte es in vielen Fällen keine Verschuldungskrise gegeben, so die UN-Kritik. Allerdings sind diese Berechnungen recht hypothetisch. Insbesondere geht man davon aus, dass die gesamte makroökonomische Politik unverändert geblieben wäre. Aber ist dies realistisch? Würde es bei niedrigeren Zinsen nicht gerade zu zusätzlicher Verschuldung kommen, und am Ende käme es nur zu einer Solvenzkrise größeren Ausmaßes?

Im Jahr 2020 führten die G20 den gemeinsamen Rahmen für die Behandlung von Schulden (CF – Common Framework for Debt Treatment) ein, um mehr kreditgebende Länder – darunter auch China – in die Bewältigung von Überschuldung einzubinden als bis dato im „Pariser Club“ führender westlicher Länder. China als größter bilateraler Kreditgeber für Entwicklungsländer lehnt Schuldenerlasse tendenziell ab, sodass die Schuldenlage seiner Gläubiger zwar gestreckt, aber damit nur vertagt und nicht bereinigt wird (Horn et al., 2023). Dieses problematische Vorgehen betrifft potenziell zahlreiche Länder in Afrika, denen China häufig mehr als 25 Prozent oder gar die Hälfte der öffentlichen Verschuldung gewährt hat.

Die jüngste Vereinbarung mit Sambia im Rahmen des Common Framework verspricht allerdings erstmals substanzielle Schuldenerleichterungen auch von chinesischer Seite. Bemühungen, China nicht zu isolieren, sondern in Lösungsstrategien ein-

„Obwohl der hohe Kapitalbedarf für globale öffentliche Güter unbestritten ist, sind die Erfolgsaussichten des vorgeschlagenen Ausbaus der öffentlichen Entwicklungsfinanzierung ungewiss.“

zubinden, können – bei allen Differenzen – also von Erfolg gekrönt sein.

AUSBAU INTERNATIONALER ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG

Ungeklärte Rückzahlungsverhältnisse machen die Gewährung von Neukrediten fast unmöglich. Tatsächlich haben die stark wachsenden afrikanischen Volkswirtschaften aber großen Kapitalbedarf. Im erwähnten UN-Dokument sind viele Detailvorschläge mit der Forderung nach mehr günstigen Krediten und nicht rückzahlbaren Zuschüssen verbunden.

Es gibt gute Gründe, an der klassischen armuts- und wachstumsorientierten Entwicklungsfinanzierung festzuhalten. Der Anteil der absolut Armen mit einem Einkommen von weniger als 2,15 Dollar pro Tag in Kaufkraftparitäten verharrt in Subsahara-Afrika bei über einem Drittel (Baah et al., 2023). Hinzu kommt das immer noch sehr niedrige Niveau sozialer Indikatoren wie Bildungsqualität, aus dem sich ein fortgesetzter Bedarf an klassischer Entwicklungszusammenarbeit ableiten lässt.

Um Währungsrisiken für Entwicklungs- und Schwellenländer zu verringern, sollte zudem ein größerer Anteil der Kredite in lokaler Währung bereitgestellt werden, heißt es im UN-Vorschlag. Da der Kapitalbedarf für den Schutz globaler öffentlicher Güter die Möglichkeiten öffentlicher Institutionen bei Weitem übersteigt, wird schließlich ein verstärkter strategischer Einsatz öffentlicher Entwicklungsfinanzierung zur Aktivierung privater Kapitalflüsse gefordert („blended finance“).

Obwohl der hohe Kapitalbedarf für globale öffentliche Güter unbestritten ist, sind die Erfolgsaussichten des vorgeschlagenen Ausbaus der öffentlichen Entwicklungsfinanzierung ungewiss. Zum einen ist es schon jetzt in vielen Fällen fraglich, ob die Mittel effektiv eingesetzt werden.

Es sind Zweifel angebracht, inwiefern die Regierungen der Partnerländer zusätzliche finanzielle Ressourcen in dem vorgeschlagenen Umfang produktiv nutzen könnten, zum Beispiel für Maßnahmen zur Anpassung an die Klimakrise. Zum anderen ist in der gegenwärtigen politischen Situation in vielen Geberländern kaum mit Mehrheiten für eine signifikante Aufstockung der Entwicklungsgelder zu rechnen. Dies zeigt sich exemplarisch in den laufenden deutschen Haushaltsverhandlungen.

Unabhängig vom UN-Vorschlag sollte europäische Entwicklungspolitik allerdings die eigene Entwicklungsfinanzierung einer Prüfung unterziehen und sie an die veränderte Realität anpassen (siehe Kasten).

LITERATUR

UN, 2023: Reforms to the International Financial Architecture. Our Common Agenda Policy Brief 6.

<https://www.un-ilibrary.org/content/papers/10.18356/27082245-29>

Horn, S., Parks, B.C., Reinhart, C.M., und Trebesch, C., 2023: Debt Distress on China's Belt and Road. AEA Papers and Proceedings, Vol. 113, May 2023, S. 131-134.

<https://www.aeaweb.org/articles?id=10.1257/pandp.20231004>

Baah, S.K.T., et al., 2023: September 2023 global poverty update from the World Bank. World Bank Data Blog.

<https://blogs.worldbank.org/en/opendata/september-2023-global-poverty-update-world-bank-new-data-poverty-during-pandemic-asia>



LUKAS MENKHOFF
ist Senior Researcher im
Forschungszentrum
Internationale Entwicklung
des Kiel Instituts für

Weltwirtschaft, Professor (em.) für
Volkswirtschaftslehre an der Humboldt-
Universität zu Berlin und Mitglied der
Finance-Gruppe der HU Berlin.

lukas.menkhoff@ifw-kiel.de



RAINER THIELE
ist Professor für Entwick-
lungsökonomie und
stellvertretender Leiter des
Forschungszentrums

Internationale Entwicklung am Kiel Institut für
Weltwirtschaft. Er ist Direktor der Kiel Institute
Africa Initiative.

rainer.thiele@ifw-kiel.de

Realitätscheck für Europa

Aus Afrika dringen seit Längerem Forderungen, die internationale Entwicklungsfinanzierung zu reformieren. Viele Staaten des Kontinents werden von ihrer Schuldenlast geradezu erdrückt, sodass eine Lösung dieser Problematik dringend geboten ist (siehe Haupttext). Die Forderungen werden teils verknüpft mit dem Hinweis auf eine besondere Verantwortung westlicher Industriestaaten wegen deren Rolle während der Kolonialzeit. Auch wird angeführt, dass die ärmsten Länder am wenigsten Möglichkeiten haben, sich vor den Folgen der Klimakrise zu schützen, zu der sie selbst aber kaum beigetragen haben.

Andersherum ergeben sich aber auch Forderungen Europas an Afrika. Beim Thema Verschuldung, also aus afrikanischer Sicht der Begrenzung von Schuldenlasten, stört aus europäischer Sicht etwa die weit verbreitete Korruption. Diese führt dazu, dass externe Gelder in einem erheblichen

Umfang auf verschiedenen Wegen zweckentfremdet werden. Insbesondere kommen sie nicht dem Gemeinwesen, sondern privaten Eliten zugute.

Beim Thema Finanzierung, also aus afrikanischer Sicht der Bereitstellung zusätzlicher Mittel, existieren Forderungen, dass die Mittel auch zur gewünschten Wirkung führen, insbesondere zu zusätzlichen Investitionen. Die Wahrscheinlichkeit dafür erhöht sich, wenn stabile Institutionen vorhanden sind, etwa ein verlässliches Rechtssystem. Dies ist in vielen afrikanischen Ländern nicht hinreichend der Fall.

In vielen Ländern des globalen Südens herrscht eine regelrechte Aversion gegen solche Forderungen, die als Belehrungen empfunden werden. Diese Haltung wird unterstützt durch die zunehmende Konkurrenz diverser Geber, insbesondere vonseiten Chinas. Viele afrikanische Länder nehmen eine „neutrale“ Haltung ein, in-

dem sie mit verschiedenen Seiten sprechen und die aus ihrer Sicht vorteilhaften Angebote annehmen.

Manches spricht dafür, die europäische Strategie bei den anstehenden Diskussionen zur Entwicklungsfinanzierung an die Realität anzupassen. Zentral dürfte die Einsicht sein, tatsächlich „Augenhöhe“ herzustellen. Dazu gehört auf europäischer Seite, zu akzeptieren, dass es afrikanischen Regierungen keineswegs darum geht, Werte, wie Europa sie versteht, bei sich eins zu eins umzusetzen. Dann wäre es aus europäischer Sicht aber auch naiv, Finanzmittel grundsätzlich günstig und an Konditionen geknüpft zu vergeben. Vielmehr könnte man noch stärker als bisher differenzieren.

Vier unterschiedliche Finanzierungsmöglichkeiten könnten beispielsweise so aussehen: Erstens mag man Katastrophenhilfe aus humanitären Gründen weiterhin unkontingiert geben. Zweitens könnte man sich bei der Förderung von Investitionen an den chinesischen Konditionen orientieren, die – im Vergleich zu europä-

ischer Entwicklungsfinanzierung – tendenziell teurere Kredite mit größeren Sicherheiten zur Abdeckung von Zahlungsproblemen bedeuten. In diesem Fall würde es sich um ein rein kommerzielles Geschäft handeln, etwa um knappe Rohstoffe zu erschließen, und man würde wiederum auf Konditionen im Bereich Governance weitgehend verzichten.

Drittens: Bei der Finanzierung globaler öffentlicher Güter, gerade beim Thema Klimaschutz, sind vor allem Mittel ohne Rückzahlung angemessen. Da hier das Interesse stark bei Europa liegt, sollten Konditionen schwach sein und könnten sich darauf konzentrieren, dass die Mittel angemessen ausgegeben werden. Ein vierter Finanzierungstopf könnte schließlich günstige Mittel beinhalten, um Entwicklung zu fördern. Sie wären solchen Ländern vorbehalten, die in den oben angesprochenen institutionellen Dimensionen von sich aus in die aus europäischer Sicht „richtige“ Richtung gehen. In Afrika wird dies eine relativ kleine Gruppe an Ländern sein. LM, RT



Zu welchen Bedingungen wird die EU künftig Investitionen in Afrika finanzieren, etwa in puncto erneuerbarer Energien? Windräder bei Kapstadt.



Palast des Xudayar Khan in Kokand, Usbekistan.

ZENTRALASIEN

Grenzen aus der Sowjetzeit sorgen für Ärger

Das fruchtbare Ferghanatal gehört zu verschiedenen Nationalstaaten, zwischen denen es immer wieder Konflikte gibt. So gut wie immer sind nationale Armeen involviert.

Von Syinat Sultanalieva

Im Jahr 2022 wurden bei einem blutigen Konflikt zwischen den Armeen Kirgisistans und Tadschikistans, der vier Tage andauerte, mindestens 37 Zivilist*innen getötet, darunter fünf Kinder. Schulen und andere Infrastruktur wurden beschädigt, den Kindern war mehrere Monate lang kein richtiger Schulbesuch möglich. Allein in Kirgisistan wurden geschätzt 130 000 Menschen vertrieben.

Bei einem ähnlichen, zwei Tage dauernden Konflikt zwischen den beiden Ländern im April 2021 starben ebenfalls Dutzende von Menschen.

Zu Gewalt kam es auch im Mai 2020, als sich Dorfbewohner*innen aus Kirgisistan und Usbekistan über eine Quelle stritten. 25 Personen wurden schwer verletzt,

reguläre Sicherheitskräfte waren in diesem Fall nicht beteiligt.

Seit die zentralasiatischen Länder 1991 von der Sowjetunion unabhängig wurden, kommt es im Ferghanatal immer wieder zu Gewalt. Das fruchtbare Tal ist heute zwischen Usbekistan, Kirgisistan und Tadschikistan aufgeteilt. Im 18. Jahrhundert war es das Khanat von Kokand. 1876 wurde es vom russischen Zaren Alexander II. anektiert. Kokand ist heute eine usbekische Stadt im Ferghanatal.

Die aktuellen Spannungen gehen auf die 1920er-Jahre zurück. Damals wollte die Sowjetunion das gesamte bis zur kommunistischen Revolution von 1917 bestehende Gebiet des Russischen Reiches kontrollieren.

Es ist müßig, darüber zu diskutieren, ob die Sowjetunion ein Kolonialreich war oder nicht. Sicher ist, dass sie den paternalistischen Ansatz der Zaren fortführte. Unter deren Herrschaft hatte Russland im 19. Jahrhundert nach Zentralasien expandiert – aus wirtschaftlichen Interessen und stra-

tegischen Überlegungen. Insbesondere ging es den Zaren darum, den wachsenden Einfluss des britischen Empire in der Region einzudämmen.

Wie andere europäische Imperialisten sprachen die Zaren davon, noch nicht zivilisierte Länder zivilisieren zu wollen. Der Historiker Jürgen Osterhammel definierte diese „zivilisatorische Mission“ nicht nur als selbsternanntes Recht, sondern gar als Pflicht, die eigenen Normen und Institutionen bei anderen Völkern und Gesellschaften zu propagieren und aktiv einzuführen, basierend auf der festen Überzeugung von der inhärenten Überlegenheit und höheren Legitimität der eigenen kollektiven Lebensweise (2005, S. 12).

Auch die sowjetische Führung sah Zentralasien als rückständig und fortschrittsbedürftig an. Sie zog willkürlich Grenzen und bestimmte separate Sowjetrepubliken, die natürlich alle zur Sowjetunion gehörten.

Historiker*innen sind sich uneins darüber, weshalb die Moskauer Führung die Grenzen auf diese Weise zog. Sie berücksichtigte die ethnisch-linguistische Zusammensetzung der Region, achtete aber auch darauf, dass die Autonomie der neuen Republiken begrenzt blieb. Ihr Top-down-Ansatz erinnert an die europäischen Kolonialisten, die in Afrika ungeachtet bestehender sozialer Beziehungen Grenzen zogen.

In vorsowjetischer Zeit war die Bevölkerung des Tals sehr divers, ein Mix aus Nomad*innen, die turk-mongolische Sprachen sprachen, und sesshaften persischen Gemeinschaften. Die verschiedenen ethnolinguistischen Gruppen lebten oft in gemischten Städten und Dörfern.

Erst die Sowjetherrscher definierten drei ethnische Gruppen – Kirgis*innen, Usbek*innen und Tadschik*innen – als eigene Nationalitäten. Es wurden neue Grenzen gezogen, um neue Republiken zu schaffen, die zu diesen neuen ethnischen Identitäten und Institutionen mit neu konstruierten Vergangenheiten passen sollten. Tatsächlich aber spalteten die neuen Binnengrenzen der Sowjetunion bestehende Gemeinschaften und kappten wichtige soziale, wirtschaftliche und kulturelle Verbindungen.

Diverse Exklaven und Enklaven verkomplizierten alles zusätzlich. Die Territorien der neuen Republiken waren unzusammenhängend, Menschen und Waren

mussten also oft die Grenzen der Republiken queren. Die Enklaven lagen oft an strategisch wichtigen Orten, wo es relevante Ressourcen wie Wasser und fruchtbares Land gab. Lebenswichtige Infrastruktur, etwa Bewässerungssysteme, versorgte Menschen auf beiden Seiten der Grenze – die Republiken mussten also kooperieren.

Dank dieses Arrangements konnte Moskau de facto die Kontrolle über wichtige Wirtschaftsgüter behalten – auch wenn es nominell den Republiken die Macht übergab. Was ein Gefühl der ethnischen Selbstbestimmung fördern sollte, wurde praktisch zu einer Strategie des Teilens und Herrschens. Bei Konflikten wurde Moskau zum ultimativen Schiedsrichter. Und die russische Sprache wurde noch wichtiger, als sie bereits war.

Bezeichnenderweise nutzten die sowjetischen Behörden eine zaristische Rhetorik von „Stabilität“. Sie fokussierten sich auf ethnische Identitäten und reduzierten damit die Rolle des Islams als gemeinsamer Nenner in der Region.

Direkt nach der Teilung 1924 kam es zu Grenzkonflikten, bei denen die neue usbekische und die kara-kirgisische Republik Land auf dem Gebiet der jeweils anderen beanspruchten. Zwischen 1924 und 1927 wurde mehrfach versucht, die Grenzen anzupassen. An den Verhandlungen waren Ausschüsse aus Moskau, Taschkent und Frunse (heute: Bischkek) beteiligt. Eine wichtige Neuerung war 1929 die Gründung einer eigenen tadschikischen Republik.

TRENNEDE INTERNATIONALE GRENZEN

Zu Sowjetzeiten interessierten die Binnengrenzen nur die Verwaltung. Im Alltag blieben sie weitgehend unsichtbar, die Menschen bewegten sich frei zwischen den Republiken. Das änderte sich 1991: Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden die Verwaltungsgrenzen zu internationalen Grenzen.

Dies führte zu drei Arten von Auseinandersetzungen:

- Konflikten um die Bewirtschaftung von Ressourcen, vor allem von Wasser,
- soziale Unruhen wegen der eingeschränkten Beziehungen über die Grenzen hinweg, und
- offiziellen Grenzkonflikten, die durch die zunehmende ethnische und nationale Abgrenzung verschärft wurden.



Rückblickend war die Neuordnung der politischen Landkarte Zentralasiens in den 1920er-Jahren wohl die folgenreichste politische Maßnahme der sowjetischen Ära für das Ferghanatal. Die willkürlich gezogenen Grenzen machen bis heute immer wieder Probleme.

In der tadschikischen, von Kirgistan umgebenen Enklave Woruch etwa dient der Fluss Ak-Suu – auch bekannt als Isfara – der Landwirtschaft in beiden Ländern als wichtige Wasserquelle. Nach wie vor streiten die Regierungen um die Wasserbewirtschaftung. Woruch war einer der Hauptschauplätze der beiden erwähnten bewaffneten Kurzkonflikte von 2021 und 2022.

Es gab auch weitere Unruhen. Anfang 1999 eskalierten die regionalen Spannungen, als Usbekistan begann, seine Grenzen zu Kirgistan und Tadschikistan zu schließen und dafür wirtschaftliche und sicherheitspolitische Bedenken anführte. Usbekistan war bei der Grenzkontrolle am aggressivsten, richtete Minenfelder und Kontrollpunkte ein und erwog, Grenzmauern zu ziehen.

Bemerkenswert war auch ein Vorfall ethnischer Gewalt in Osch, Kirgistan, im Jahr 2010. Dieser und weitere Vorfälle zeigen, wie fragil die interethnischen Beziehungen in der Region sind.

Auf politischer Ebene versuchte man, auf die Konflikte zu reagieren und die Grenzen besser zu definieren – was jedoch kaum gelingt. Bis 2009 war die Grenze zwischen Usbekistan und Tadschikistan im Ferghanatal weitgehend definiert. Zwischen Tadschikistan und Kirgistan sowie Usbekistan und Kirgistan waren die Grenzen aber nach wie vor weitgehend unbestimmt und nicht demarkiert. Nach den Konflikten von 2021 und 2022 wird die Grenze zwischen Kirgistan und Tadschikistan nun endlich festgelegt und demarkiert, wobei nach neu-

esten Informationen nur noch sechs Prozent der Grenze strittig sind. Der Plan sieht vor, die Grenzen bis Ende 2024 endgültig festzulegen.

Es stellt sich die Frage, wie sinnvoll es eigentlich ist, den Fokus darauf zu legen, die Gemeinschaften im Ferghanatal derart zu trennen. In diesem Versuch wurzeln ja gerade die Konflikte um Ressourcen. Sie sind verwoben mit komplizierten Vorstellungen von nationaler Identität und haben den Charakter der Region grundlegend verändert. Eine einst kohärente Einheit ist nun fragmentiert.

Das aktuelle Flickwerk von Enklaven und Exklaven führt immer wieder zu Spannungen und Konflikten. Nötig sind nicht nur technische Lösungen wie die Grenzziehung. Die Region muss sich auch tiefergehend mit dem sie weiterhin prägenden kolonialen Erbe befassen.

Die immer wieder aufflammenden Grenzkonflikte im Ferghanatal verweisen auf die anhaltenden Folgen von Kolonialpolitik, selbst Jahrzehnte nach dem Ende der formellen Kolonialherrschaft. Mit der nationalen Abgrenzung zielte die Sowjetunion vorgeblich darauf ab, die lokalen Ethnien zu stärken, führte aber tatsächlich in vielerlei Hinsicht die kolonialen Praktiken des Teilens und Herrschens fort und verstärkte diese sogar.

Die zentralasiatischen Regierungen sollten eine innovative, über das starre ethno-nationale Denken der Sowjetzeit hinausgehende Politik verfolgen. Sie müssen endlich die lange Geschichte der Verflechtungen innerhalb der Region anerkennen. Die komplexen, vielschichtigen Identitäten der Menschen im Ferghanatal lassen sich nicht angemessen entlang ethnisch-linguistischer Linien definieren. Eine Politik, die das erkennt, könnte der Schlüssel zu dauerhaftem Frieden sein.

QUELLE

Osterhammel, J., 2005: *The great work of uplifting mankind*. In: Barth, B., Osterhammel, J., (Hrsg.): *Zivilisierungsmissionen: Imperiale Weltverbesserung seit dem 18. Jahrhundert*. Konstanz, UVK Verlag.



SYINAT SULTANALIEVA
ist eine zentralasiatische
Forscherin für Human Rights
Watch.
sultanalievas@gmail.com

Twitter/X: @SyinatS



Veraltete Bewässerungsanlage im nördlichen Punjab.

LÄNDLICHE INFRASTRUKTUR

Vernachlässigte Dörfer

Pakistans ländliche Infrastruktur ist unzureichend. So war es 1947, als das Land unabhängig wurde, und so ist es bis heute. Ländliche Gemeinden haben meist keine guten öffentlichen Dienstleistungen und kaum wirtschaftliche Chancen. Der Klimawandel verschlimmert die Lage zusätzlich.

Von Imran Mukhtar

Laut der Volkszählung von 2023 leben 147 Millionen Menschen (61 Prozent der Bevölkerung) in Dörfern, wobei wegen der Landflucht die Städte schnell wachsen. Der jüngsten Wirtschaftserhebung der Zentralregierung zufolge trägt die Landwirtschaft 24 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt und 37 Prozent zur Beschäftigung bei.

Die Weltbank konstatiert, der „enorme und vielfältige ländliche Raum“ des Landes werde „von politischen Entschei-

dungsträgern und Investoren nicht genug beachtet“. Der multilateralen Bank zufolge leben 80 Prozent der armen Bevölkerung Pakistans auf dem Land. Die vernachlässigten ländlichen Gebiete seien wirtschaftlich, politisch und kulturhistorisch sehr wichtig.

Typische Sorgen im ländlichen Raum Pakistans sind:

- unbefestigte Straßen,
- schlechte, unzuverlässige, aber teurer werdende Stromversorgung,
- Mangel an Wasser, besonders an sauberem Trinkwasser, sowie
- das Fehlen von Abwassersystemen.

Die Landbevölkerung lebt überwiegend von der Landwirtschaft. Es mangelt aber an Vermarktungschancen und Lagerungsmöglichkeiten. Das Festnetz hat die meisten Dörfer nie erreicht, und der Mobilfunk bleibt lückenhaft. Es gibt kaum Zugriff auf neue Agrar- und andere Techniken.

Agrarische Wirtschaft wird nicht sorgfältig mit Belegen dokumentiert. Sie ist auch nicht digitalisiert. Gesundheits- und Bildungswesen lassen viel zu wünschen übrig. Pakistan hat auf allen staatlichen Ebenen Governance-Probleme – und wo die Infrastruktur schwach ist, gilt das ebenso für Kommunalverwaltungen.

REGIONALE UNGLEICHHEITEN

Pakistan ist groß, und die ländliche Infrastruktur unterscheidet sich in den Regionen. Von den vier Provinzen ist Punjab die bevölkerungsreichste und politisch wichtigste. Doch auch dort gibt es große Unterschiede: In den zentralen Gebieten gibt es genügend Schulen, Kliniken, Bewässerungssysteme und Straßen, aber im südlichen Punjab hat die Entwicklung nicht Schritt gehalten. Im Norden fehlt ein ordentliches Kanalsystem, sodass die Agrarbetriebe auf Regenwasser und Rohrbrunnen angewiesen sind.

Noch drastischer sieht es in den Gebieten der beiden westlichen Provinzen Khyber Pakhtunkhwa und Belutschistan aus. Das gilt besonders dort, wo Gewaltkonflikte die Lage verschärft haben.

Lückenhafte Infrastruktur führt zu einem Teufelskreis, der Menschen arm hält. Pakistans Kleinbauernschaft hat allen Grund, sich abgehängt zu fühlen. Sie kämpfen mit Wasserknappheit und rapide steigenden Preisen für Betriebsmittel wie Dünger, Pestizide und Saatgut. Zugleich sind die Preise, die sie für ihre Ernten erhalten, sehr volatil.

Bäuerliche Familien können meist nichts ansparen und folglich auch nicht umsichtig investieren, um sich beispielsweise gut auf Klimarisiken einzustellen. Außer Geld bräuchten sie dafür kompetente Beratung – aber die bekommen sie meist nicht.

Das traditionelle Vermarktungssystem benachteiligt kleine Höfe auf unterschiedliche Weise: Sie sind vom Zwischenhandel abhängig, haben aber selbst kaum Verhandlungsmacht. Da sie ihre Erzeugnisse nicht lagern können, müssen sie diese sofort nach der Ernte verkaufen. Dann ist der Wettbewerb am größten und die Erzeugerpreise sind am niedrigsten.

Kleinbetriebe brauchen oft Kredite von den Zwischenhandel Betreibenden – etwa, um Saatgut zu kaufen. Es kann um Geldzahlungen oder Sachleistungen gehen – beides schwächt die Verhandlungsposition weiter. Tatsächlich zwingen die Kreditgebenden Bäuerinnen und Bauern manchmal sogar Managemententscheidungen auf und legen beispielsweise fest, was sie anbauen sollen.

In ganz Südasien wird die ausbeuterische Rolle des Zwischenhandels beklagt. Laut Aamer Hayat Bhandara, Mitbegründer der zivilgesellschaftlichen Stiftung Agriculture Republic im Punjab, leiden darunter sowohl die Produzierenden als auch die Verbrauchenden. Erzeugerpreise seien oft „zu billig“, aber Konsumpreise „zu teuer“.

Geschäftsbanken und Mikrofinanzinstitute helfen in gewissem Maß, fordern aber oft hohe Zinsen. Je abgelegener ein Dorf ist, desto weniger sind Finanzdienstleistungen – ob informell oder formalisiert – verfügbar. Zentral- und Provinzregierungen behaupten, sie würden dem Agrarsektor ein Maximum an Krediten zur Verfügung stellen. Trotzdem sind die bäuerlichen Familien frustriert. Bhandara hält kategorisch „flexiblere Konditionen und niedrigere Zinssätze“ für notwendig. Besonders die Absicherungsforderungen für Kredite hält er für schädlich.



Fachleuten zufolge wären lokale Erzeugermärkte hilfreich, aber es gibt nur wenige davon und so behalte der Zwischenhandel seine Monopolstellung. Er ist mächtig, profitiert vom System und stemmt sich gegen Veränderungen.

Auch bessere Lager- und Transportmöglichkeiten wären hilfreich und würden das Leben von Agrarproduzierenden, aber auch Nahrungsmittel Konsumierenden verbessern. Oft verderben Obst und Gemüse, ehe sie gegessen werden können.

Vor fünf Jahren führte ein Bericht der Asiatischen Entwicklungsbank aus, dass in Pakistan 30 bis 40 Prozent der gesamten Obst- und Gemüseproduktion verloren gehen – wegen falscher Behandlung der leicht verderblichen Ware, schlechter Transport- und Lagermöglichkeiten sowie fehlender Marktinfrastruktur. Würden die Nacherteverluste um 75 Prozent reduziert, könnte Pakistan jährlich den Gegenwert von einer Milliarde Dollar einsparen.

Gebraucht werden Lagerhäuser mit Kühlsystemen, Verpackungen und Spezialfahrzeuge. Privatunternehmen, die im Lebensmittelsektor große Gewinne erzielen, sollten sich engagieren, sagt Bhandara von Agriculture Republic. Sie sollten zudem in Kapazitätsaufbau und Saatgutentwicklung investieren, um die Landwirtschaft produktiver zu machen.

Fortschritt ist möglich, aber aktuell ist der Zwischenhandel noch nötig. Ohne ihn könnten kleine Höfe in abgelegenen Gebieten ihre Erzeugnisse überhaupt nicht verkaufen und wären auf Subsistenzlandwirtschaft beschränkt. Die Zwischenhandel Betreibenden sichern auch den Zugang zu Betriebsmitteln und den nötigen Krediten.

Laut Abid Qaiyum Suleri vom Sustainable Development Policy Institute, einer unabhängigen Denkfabrik in Islamabad, kann der Zwischenhandel nicht einfach obsolet gemacht werden. Er hält es aber für

notwendig, „seine Rolle zu institutionalisieren“. Vor allem fordert er Vorschriften über die Höhe von Provisionspreisen.

EXTREMWETTER

Die Klimakrise verschärft die landwirtschaftlichen Probleme. Übermäßiger Regen, verheerende Dürren und zunehmende Hitze treffen die Menschen hart.

2022 sorgten Überschwemmungen für internationale Schlagzeilen, als ein Drittel des Landes überflutet wurde. In einem UN-Lagebericht von 2023 hieß es: „Die Überschwemmungen zerstörten landesweit kritische Infrastrukturen – Kliniken und Gesundheitszentren, Schulen, Wasser- und Sanitäreinrichtungen, Bewässerungssysteme, Straßen, Brücken und Regierungsgebäude lagen in Trümmern.“ Natürlich sind solche Schäden dort besonders schmerzlich, wo die Infrastruktur ohnehin schlecht war.

Große Katastrophen werden international wahrgenommen, aber auch die täglichen Folgen der Klimakrise – Ernteverluste, Wasserstress und geringere Viehbestände – tun weh. Unbeständige Wettermuster führen zudem dazu, dass sich die Anbausaison verändert. Laut Pakistans Nationalem Klimaanpassungsplan für 2023 wirkt sich all das auf die Grundnahrungsmittelproduktion aus. Die Ernährungssicherheit des Landes ist somit gefährdet.

Der Klimawandel macht die Verbesserung der ländlichen Infrastruktur noch dringlicher. Fachleute betonen, klimagerechte Landwirtschaft könne von GIS-Kartierung, Drohnen und Sensortechnik profitieren. Andererseits wären auch Frühwarnsysteme gut. Leider ist die Internetversorgung auf dem Land in Pakistan schlecht. Das steht Hightechlösungen im Weg. Oft ist es unmöglich, kleinbäuerliche Betriebe über sinnvolle Lösungen zu informieren.

Experten wie Bhandara fordern zu Recht Multi-Stakeholder-Ansätze, um die ländliche Infrastruktur zu verbessern. „Wir müssen die Regierung, den Privatsektor, die Zivilgesellschaft, bäuerliche Familien und gewöhnliche Leute an einen Tisch bringen“, sagt er.



IMRAN MUKHTAR
ist Journalist und lebt in Islamabad.

imranmukhtar@live.com

Saubere Energie und Dünger aus Abfällen

Das malawische Start-up EcoGen verwandelt Tierabfälle in Biogas und Biodünger und bietet Landwirt*innen so günstige Energie und nachhaltige landwirtschaftliche Lösungen – eine Innovation, die auch die Abhängigkeit von Holz und chemischen Düngern verringert.

In Malawi bleibt der Zugang zu Elektrizität eine große Herausforderung. Da viele Menschen nicht an das Stromnetz angeschlossen sind, müssen sie auf alternative Energiequellen zurückgreifen. In den ländlichen Gebieten Malawis, wo die meisten Menschen in Armut leben, wird oft Holz zum Kochen verwendet. Diese starke Abhängigkeit von Holz schadet der Umwelt erheblich.

Angeht der Energiekrise im Land entwickelte Clemente Kandodo, Absolvent der Lilongwe University of Agriculture and Natural Resources (LUA-NAR), eine Lösung, um den wachsenden Energiebedarf zu decken. 2016 gründete er EcoGen, ein Start-up, das mit Bäuerinnen und Bauern der Malawi Milk Producers Association (MMPA) zusammenarbeitet, um Energie aus Tierabfällen zu gewinnen.

EcoGen hat sich zum Ziel gesetzt, Biogas aus Abfällen zu gewinnen, um Haushaltsgas und Dünger bereitzustellen. Das Start-up arbeitet mit Milchbäuerinnen und -bauern zusammen, da diese durch ihre Rinderhaltung unkomplizierten Zugang zu großen Mengen Tierabfällen haben.

Godfrey Kwelete ist einer derjenigen, die von EcoGens Biogasprojekt profitieren. Er besitzt sieben Rinder und sammelt jede Woche den Mist aus dem Pferch, um ihn in den Systemvergärer zu geben, der Biogas und flüssigen beziehungsweise Biodünger produziert.

„Als ich von EcoGens Biogastechnologie und der Produktion von Biogas und Biodünger gehört habe, wollte ich mehr darüber erfahren“, sagt er. „Ich ließ mir das Vorgehen erklären und entschied mich, es auszuprobieren.“

Mit dem Biogassystem kann Kwelete nun Biodünger sammeln, den er auf seinen Feldern verwendet.

„Ich spare viel Geld, weil Dünger zu teuer geworden ist. Biodünger hingegen ist günstig, wenn man die benötigten Materialien oder Abfälle für das Biogassystem hat“, sagt er. Außerdem nutzt er das erzeugte Gas zum Kochen und Beleuchten.

Auch Patrick Jere, ein Vieh- und Geflügelbauer in Lilongwe, nutzt EcoGens Biogassystem und berichtet von seinen vielfältigen Vorteilen.

„Seit der Installation des Biogassystems kann ich komplett auf chemische Düngemittel verzichten. Jetzt setze ich nur noch auf Biodünger, der nicht nur günstiger, sondern auch besser für meine Farm ist“, schreibt Jere auf Facebook.

EcoGen bietet Biogassysteme von sechs bis 40 Kubikmetern an. Trotz der Vorteile können sich nicht viele diese Systeme leisten. Kwelete kaufte ein Acht-Kubikmeter-System für 288 000 MK (etwa 150 Euro) und ein 12-Kubikmeter-System für 399 000 MK (etwa 205 Euro).

Wonderful Mkhutche, Kommunikations- und Markenbeauftragter bei EcoGen, erklärt, dass das Unternehmen Kredite vergibt, um Zugang zu Biogassystemen zu ermöglichen. In Genossenschaften organisierte Milchbäuerinnen und -bauern können die Systeme dann in bis zu zwei Jahren abbezahlen.

Initiativen wie die von EcoGen müssen landesweit ausgeweitet werden. Der Energiebedarf bleibt hoch, doch es mangelt an bezahlbaren und umweltfreundlichen Lösungen. Die Regierung muss mehr Bürger*innen ans Stromnetz anschließen und alternative Energien bereitstellen. Dies hinauszuzögern, wird nur die Umwelt gefährden, weil dann arme Menschen weiterhin auf Brennholz setzen.



RAPHAEL MWENINGUWE ist freiberuflicher Journalist in Malawi.

raphael.mweninguwe@hotmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

65. Jg. 2024

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Internet: www.DandC.eu

ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 28.11.2024 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner und -partnerinnen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150

www.engagement-global.de

BEIRAT:

Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge,

Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:

Fazit Communication GmbH

Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Pariser Straße 1

D-60486 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, inhaltlich verantwortlich), Eva-Maria Verfürth (EMV, Redakteurin),

Dr. Katharina Wilhelm Otieno (KO, Redakteurin), Jörg Döbereiner (JD, Cvd), Maren van Treel (MVT, Social-Media-Redakteurin),

Dagmar Wolf (DW, Assistentin)

Freiberufliche Mitarbeit: Jan Walter Hofmann (JWH; Layout), Leon

Kirschgens (LKI, Kolumne Heutzutage), Roli Mahajan, Lucknow

(RM), Ronald Ssegujja Ssekandi, Kampala (RSS; Kolumne

Heutzutage), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)

Tel. (0 69) 75 91-31 10

euz.editor@dandc.eu

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit

und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die

FAZIT-Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH

c/o Cover Service GmbH & Co. KG

Postfach 1363

D-82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

fazit-com@cover-services.de

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.



„Occupy Mars“: Elon Musk mit Donald Trump im Wahlkampf in Pennsylvania.

AUTORITÄRE POLITIK

Im Dienst der Oligarchie

Elon Musk hat die US-Wahlen gewonnen. Der Multimilliardär unterstützte Donald Trumps Kampagne mit mindestens 120 Millionen Dollar. Seine persönlichen Posts auf seiner Plattform X waren – gemessen an dem, was es gekostet hätte, sie zu bewerben – vermutlich ähnlich viel wert.

Von Hans Dembowski

Musk ließ auf X nicht nur Desinformation zu, sondern trug fleißig selbst dazu bei. Nein, die Redefreiheit war – und wäre – nicht wie von ihm behauptet unter einer demokratischen Regierung bedroht gewesen. Allerdings wäre seine Freiheit, X nach Belieben einzusetzen, möglicherweise eingeschränkt worden. Unter Trump wird das nicht geschehen.

Das ist nur ein Beispiel von Musks unmittelbaren Geschäftsinteressen. Nun wird er zum Chefberater Trumps in Sachen Staatsausgaben und Marktregulierung. Welch ein Auftrag für einen Unternehmer, der selbst von Rüstungs- und anderen Staatsaufträgen profitiert.

Andere Silicon-Valley- und Wall-Street-Größen freuen sich aus ähnlichen Gründen auf Trumps Rückkehr in das Weiße Haus. Sie wollen keine Regulierungen und mögen Gesetze über Wettbewerbskontrolle, künstliche Intelligenz, Datenschutz, Arbeits- und Umweltschutz et cetera nicht.

Das ist in E+Z/D+C schon erläutert worden, bleibt aber wichtig. In den 1990er-Jahren befürworteten die Superreichen Globalisierung. Die Liberalisierung der Märkte erlaubte ihnen, bei großen Investitionsentscheidungen Staaten gegeneinander auszuspielen. Inzwischen haben sich die Themen internationaler Kooperation aber verschoben. Heute geht es eher um Dinge wie Steuerharmonisierung, soziale Sicherheit oder weltweiten Umweltschutz.

Das missfällt der plutokratischen Elite, die tun und lassen will, was ihr beliebt. Diese Leute wissen, dass in der vernetzten Weltgesellschaft Nationalstaaten für Regulierungen zu schwach sind. Folglich unterstützten manche von ihnen rechtspopulistische Kräfte, die unter dem Vorwand, ihre jeweilige Nation vor bössartigen globalisti-

schen Mächten zu schützen, gegen Migration und vermeintliche Eliten agitieren. Für solche Superreichen war Brexit ein großer Erfolg, weil der Austritt aus der EU sowohl die politischen Möglichkeiten des britischen Königreichs als auch die Reichweite der EU reduziert hat.

Ob es Regierungen nun gefällt oder nicht, die Menschheit braucht multilaterale Zusammenarbeit, um riesige globale Probleme in den Griff zu bekommen. Relevante Themen sind Makroökonomie, ökologische Stabilität und Digitalisierung, um nur drei zu nennen. Die Trump-Regierung wird solche Zusammenarbeit voraussichtlich torpedieren.

Handelskriege können Inflation und Arbeitslosigkeit anfeuern. Globale Umweltpolitik (Klima, Artenvielfalt, Plastikmüll und so weiter) wird noch schwieriger werden. Gewaltkonflikte dürften zunehmen. Unter Umständen werden die USA selbst in einen Krieg der Art hineingezogen, die Trump despektierlich „unendlich“ nennt. Das ist im Nahen Osten möglich und könnte für US-Truppen zur Todesfalle werden.

Aus verschiedenen Gründen könnten Menschen, die für Trump stimmten, das schon bald bereuen. Sie denken vermutlich, sie würden dann einfach in vier Jahren jemand völlig anderes wählen. Wenn es der Trump-Regierung aber gelingt, Institutionen wie geplant umzubauen, bekommen sie diese Chance nicht.

Auch Trump unterstützende Oligarchen wie Musk könnten ihre Haltung bald bereuen. Sie glauben vermutlich, sie hätten ihn im Griff. Autokraten mögen es aber nicht, wenn jemand ihnen irgendwie Grenzen setzt. Wie hart ihre Reaktion sein kann, hätten amerikanische Superreiche in China oder Russland erfragen sollen.

In ihrer Hybris halten sich Superreiche oft für überlegene Wesen. Sie glauben, sie hätten immer die besten Lösungen für jegliche Probleme. Ohne multilaterale Kooperation geht es aber nicht. Musk will bekanntlich angesichts der vielen Nöte auf diesem Planeten den Mars besiedeln. Das ist kein seriöser Vorschlag, lenkt aber davon ab, was die Menschheit dringend braucht.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von **E+Z/**
D+C.

euz.editor@dandc.eu

MULTILATERALISMUS

Wieder enttäuscht ein Klimagipfel

Nach zwei Wochen zäher Verhandlungen und zwei Tage später als geplant endete der Klimagipfel in Baku. Das Abschlussdokument verspricht 300 Milliarden Dollar jährlich ab 2035 für internationale Klimafinanzierung. Verletzliche Länder hatten mehr gefordert.

Von Roli Mahajan

Papua-Neuguinea boykottierte den diesjährigen Klimagipfel in der aserbaidischen Hauptstadt Baku. Die Regierung des pazifischen Inselstaates sprach von „Zeitverschwendung“, die nur leere Versprechen bringe. Im Rückblick war das gar nicht so falsch. Die Staatengemeinschaft reagiert auf die Klimakrise jedenfalls nicht mit der nötigen Dringlichkeit.

In Baku wurde eine „Roadmap“ für die Klimafinanzierung beschlossen. Der Begriff wird gern genutzt und steht für etwas Schwächeres als ein bindendes Abkommen. Laut Plan sollen von 2035 an jährlich 1300 Milliarden Dollar bereitgestellt werden. Länder mit hohem Einkommen haben jedoch nur versprochen, „Anstrengungen zu leisten“, um 300 Milliarden Dollar zu mobilisieren. Für die restlichen 1000 Milliarden gibt es keine Zusage.

Das legt nahe, Schwellenländer sollten zur Klimafinanzierung in ärmeren Ländern beitragen. Letztere müssen sich auf Klimafolgen einstellen und saubere Energiesysteme aufbauen. Sie haben die globale Erhitzung nicht ausgelöst, verdienen dabei also Unterstützung.

In Baku wurde betont, dass bis 2035 noch zehn Jahre vergehen, die Wende zu sauberer Energie aber nicht warten darf. Aus der nigerianischen Delegation hieß es, der Abschluss sei ein „Witz“.

Zwar ist die 300-Milliarden-Dollar-Zusage der hochentwickelten Länder besser als die bisherigen 100 Milliarden. Die Gruppe von 134 Entwicklungsländern hatte aber mindestens 500 Milliarden mehr gefordert. Was beschlossen wurde, entspricht also wieder dem Muster „zu wenig, zu spät“.

Die jährlichen Klimakonferenzen heißen COP (Conference of Parties). Involviert

sind die 198 Unterzeichnerstaaten der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC – UN Framework Convention on Climate Change). Vor neun Jahren endete die COP in Paris mit dem Konsens, die Erderwärmung auf 1,5 bis 2 Grad über dem vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen. Derzeit steuert die Welt auf höhere Temperaturen zu, was katastrophal wäre. Dann würden nämlich Kippunkte (etwa das Abschmelzen der antarktischen Eiskappe) die globale Erhitzung zusätzlich – und unwiderruflich – beschleunigen.

Das Wahlergebnis in den USA belastete die COP in Baku, denn der Klimaleugner Donald Trump wird Ende Januar Präsident. Klimaleugnung war aber auch am Verhandlungsort bereits spürbar. Aserbaidschan hat Öl- und Gasvorkommen, und Präsident Ilham Aliyev bezeichnete in seinem Grußwort zu Beginn der Konferenz fossile Energie als „Geschenk Gottes“. Vor einem Jahr in Dubai war noch Konsens, dass der Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas nötig ist. Aliyev konnte das nicht zurückdrehen; der Beschluss von Dubai wurde bestätigt. Fortschritt in Richtung Ausstieg gab es aber nicht.

Auch kleine Erfolge sind wichtig. Standards für einen globalen Emissionshandel wurden festgelegt, was früheren

COPs nicht gelungen war. Details und Transparenzregeln fehlen aber noch. Ein kohärentes internationales Handelssystem dürfte Klimapolitik beschleunigen und billiger machen. Das würde helfen, die weltweiten Emissionen bis 2030 zu halbieren, wie Wissenschaftler*innen das für nötig halten. Neben Geld wurde benachteiligten Ländern auch Unterstützung beim Aufbau der nötigen Kompetenzen versprochen.

Seit die UNFCCC 1992 verabschiedet wurde, eskaliert die Klimakrise. Die Erhitzung schreitet schneller voran, als seinerzeit vorausgesagt wurde. 2024 wird voraussichtlich das heißeste Jahr, seit Temperatureinzunahmen begannen. Extremwetter schaden immer mehr Menschen in immer mehr Ländern. Arme Gemeinschaften in Ländern mit niedrigem Einkommen sind besonders hart getroffen. Ihr Emissionsausstoß bleibt vernachlässigbar.

Es ist frustrierend, dass es nicht vorangeht. Zunehmend steht das UNFCCC-Konzept selbst in Frage, und Baku hat keine neue Zuversicht geweckt. Das Abschlussdokument wurde hektisch und verspätet durchgedrückt – ohne Berücksichtigung der Einwände armer Länder. Aus Sicht der indischen Delegationsleiterin hat das Vertrauen in die UNFCCC Risse bekommen.



ROLI MAHAJAN

ist eine indische Journalistin und lebt in Lucknow.

roli.mahajan@gmail.com



Nach einem verheerenden Erdbeben im Mai hat die Regierung von Papua-Neuguinea genug von leeren Klimaversprechen.

E+Z jetzt auch als App!



Mit unserer neuen App haben
Sie E+Z immer zur Hand.

Hier geht's zum Download:
dandc.eu/de/app



SCHWERPUNKT

Glaube und Politik

Voodoo ist in Benin vielen wichtig

Von Karim Okanla (S. 18)

**Indigene Weltansichten sind spirituell
kodierte und ökologisch relevant**

Interview mit Frank Schwabe (S. 20)

Äthiopiens heilige Wälder

Von Christoph Schneider-Yattara und
Peter M. Borchardt (S. 22)

Religiöse Kräfte für sozialen Wandel

Interview mit Dagmar Pruin (S. 24)

Perspektivlos im Westjordanland

Von Kim Berg (S. 27)

Das Leid afghanischer Frauen

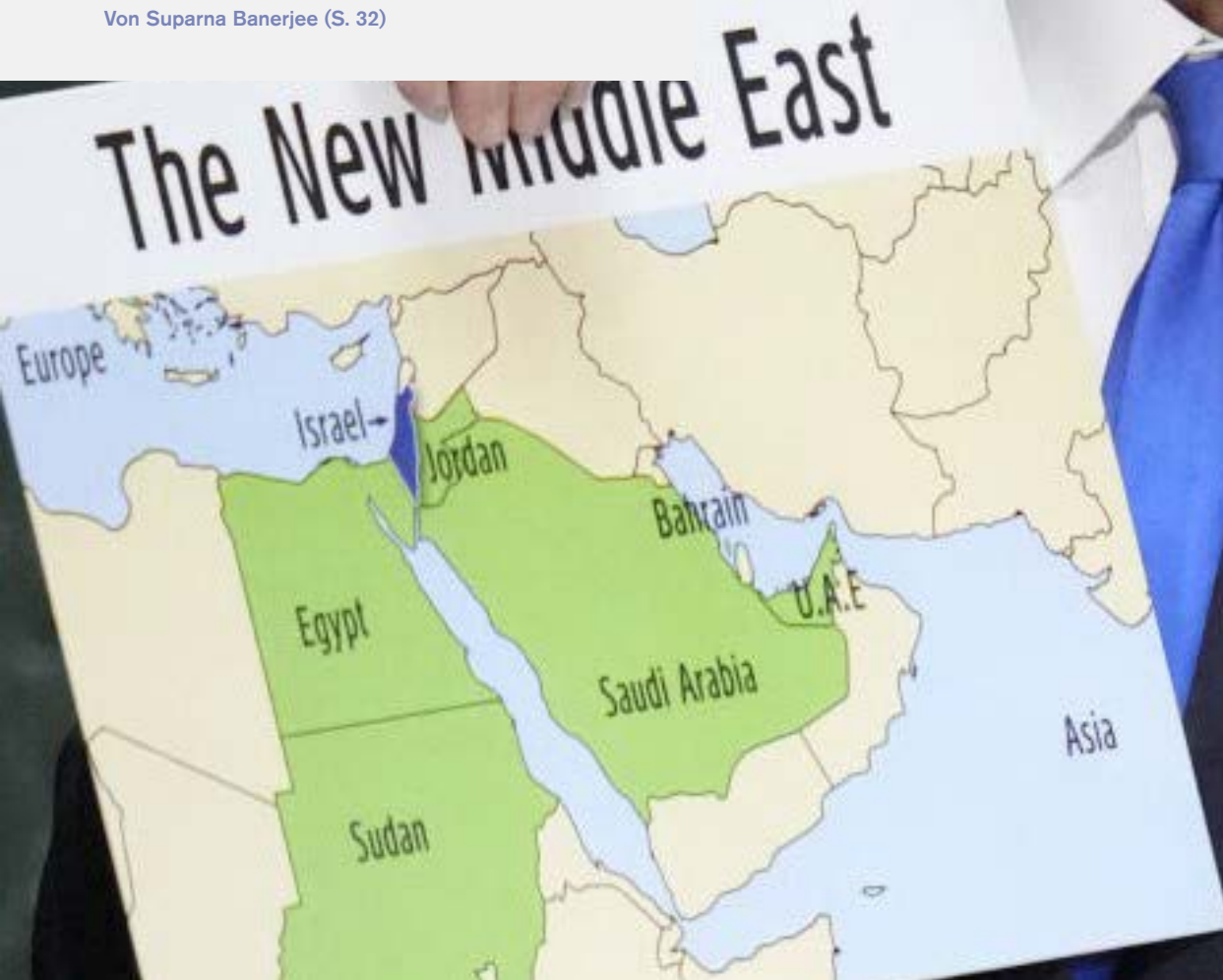
Von Khushboo Srivastava (S. 29)

**Weshalb Sri Lankas Präsident auf
Buddhisten zugeht**

Von Arjuna Ranawana (S. 30)

Hinduismus in indischer Politik

Von Suparna Banerjee (S. 32)



Israels Premierminister Benjamin Netanjahu zeigt im September 2023 vor der UN-Vollversammlung eine Karte, auf der das Westjordanland und Gaza zum israelischen Staatsgebiet zählen.



Dada Daagbo Hounon Hounan II, das spirituelle Voodoo-Oberhaupt, in seinem Palast in Ouidah im vergangenen Jahr.

SYNKRETISMUS

Ganzheitlicher Blick aufs Dasein

In Benin praktizieren Menschen Voodoo als Religion, ungeachtet dessen, ob sie auch dem Christentum, Islam oder Hinduismus angehören. Lange herrschte Harmonie zwischen den Religionsgemeinschaften. Nun wird sie durch die Ausbreitung christlicher Freikirchen und islamistische Angriffe zunehmend gefährdet.

Von Karim Okanla

Benoit Sogan ist ein 42-jähriger traditioneller Voodoo-Heiler. Er lebt am Stadtrand von Porto-Novo, der Hauptstadt Benins. Sein kleines Haus, bestehend aus Zementblöcken und roter Erde, liegt nicht weit von einem Friedhof, auf dem sowohl Muslim*innen als auch Christ*innen ihre Toten begraben. In der Regenzeit lässt sich Benoits Grundstück manchmal kaum betreten, da die unebene Straße zu seinem Haus voller Schlaglöcher und stehendem, rotem Wasser ist.

Dennoch hat er viele Patient*innen. Benoit kümmert sich gut um den Voodoo-Schrein in dem kleinen, feuchten Raum, in dem er mit Geistern kommuniziert. Vor kurzem, sagt er, kam ein Mann zu ihm und erzählte, dass er zweimal hintereinander von spirituellen Kräften im Schlaf angegriffen wurde, jeweils gegen 1:30 Uhr nachts, direkt in der Mitte seines Kopfes. Einige Tage später befürchtete er, seiner Männlichkeit beraubt worden zu sein; er fühlte sich sehr schwach, als ob unkontrollierbare dunkle Kräfte seine Lebensenergie aussaugten.

Eine Erklärung erhält Benoit vom Ifa-Orakel: Hinter dem Poltergeist, der den Mann im Schlaf angegriffen hat, stecke ein sehr gefährlicher Voodoo-Geist. Benoit bat den Mann daraufhin, Maismehl, rotes Palmöl, den lokalen Alkohol Sodabi und Kolanüsse zu besorgen. Und etwas Geld natürlich.

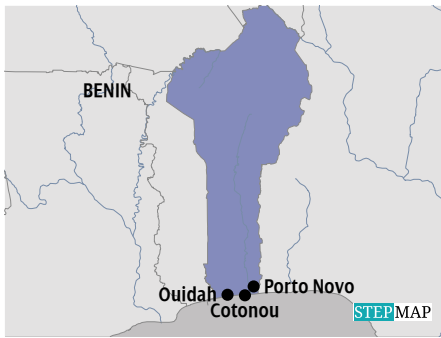
Ein Huhn wurde geopfert, sein Blut in den Voodoo-Schrein gegossen und das Fleisch in einer Kalebasse im Dunkeln an

eine Kreuzung gestellt. Diese Opfergabe sollte die Voodoo-Gottheit besänftigen, die den Poltergeist geschickt hatte. Dann erzählt Benoit, dass er dem Mann auch verschiedene Gebräue zum Trinken und schwarze Seife gab, die er nach dem Duschen auf seine Genitalien auftragen sollte. Am Ende markierte Benoit den Körper des Mannes mit einem magischen schwarzen Pulver, das ihn vor weiteren Angriffen schützen sollte, wenn andere böse Voodoo-Geister versuchen, ihn anzugreifen. „Ich habe mein ‚Return to Sender‘-Rezept verwendet“, sagt er stolz.

EINE JAHRHUNDERTEALTE RELIGION

Geschichten wie diese sind in Benin nicht ungewöhnlich. Voodoo gilt nicht nur hier als jahrhundertalte Religion. Ursprünglich diente Voodoo spirituellem Schutz, der Anrufung des Ahnensegens und stärkte ethnische Identitäten. Bis heute blüht die Religion vor allem in Afrika und in der Karibik. Das Yoruba-Volk in Nigeria etwa glaubt, dass das Voodoo-Pantheon, dort Orisa genannt, mehr als 400 Gottheiten umfasst.

Leider sind einige skrupellose Voodoo-Priester*innen auf schnelles Geld aus und nutzen Voodoo, um Menschen zu schaden. Sie setzen sich über die Regeln ihrer



Religion hinweg – und genau dann zeigt sich das Böse. „Voodoo ist wie ein Messer“, erklärt Benoit. „Man kann es benutzen, um seinen Fisch in der Küche zuzubereiten, aber auch, um Feinden die Kehle durchzuschneiden.“

Der ehemalige Sklavenhafen Ouidah im Süden Benins gilt als Wiege des Voodoo. Dort wurde Voodoo ursprünglich als ein System zur ganzheitlichen Betrachtung des Kosmos und der menschlichen Existenz auf der Erde verstanden. Es umfasst alles Natürliche, Soziale und Spirituelle in dem Bestreben, den Gesetzen der Natur zu entsprechen. Naturkräfte nehmen im Voodoo und seinem Blick auf das Universum einen entsprechend zentralen Platz ein. Dieses System soll so auch den Zusammenhalt und das Miteinander verschiedener Gruppen fördern. Auch deshalb passen Voodoo-Praktiken gut mit anderen Religionen zusammen.

Voodoo-Anhänger*innen glauben, dass Voodoo genau deshalb existiert: um Harmonie und Verständnis innerhalb von und zwischen Gemeinschaften zu schaffen. Daher ist Hexerei eine verwerfliche Abweichung des Voodoo, ebenso wie schwarze Magie.

Da ein großer Teil der afrikanischen Tradition früher mündlich überliefert wurde, brauchten Familien ein gemeinsames starkes Symbol, mit dem sie sich identifizieren konnten. Die Python war beispielsweise die verehrte Gottheit der Adjovi-Familie von Ouidah. Viele Menschen übernahmen diese Voodoo-Gottheit und bauten darauf auf, um ihre Einheit zu stärken. Bis zu fünfzig Familien im heutigen Ouidah können so vereint behaupten, demselben Voodoo-Gott zu gehorchen.

Da die Mehrheit der Beniner*innen Voodoo in irgendeiner Form praktiziert und darunter Millionen von Analphabet*innen und armen Menschen sind, instrumentalisieren auch Machthaber die Religion immer

wieder für ihre Zwecke. Der frühere Präsident Nicéphore Soglo, der Benin von 1991 bis 1996 regierte, soll etwa dank heilender Voodoo-Kräfte vor der Vergiftung durch politische Gegner*innen gerettet worden sein. Als Dank erklärte er den 10. Januar offiziell zum jährlichen Voodoo-Tag.

Das reichte zwar nicht, um ihm eine zweite Amtszeit zu sichern, aber seither haben Politiker*innen erkannt, dass sich Millionen von Stimmen gewinnen lassen, wenn sie sich besonders an arme und ungebildete Voodoo-Anhänger*innen wenden. Riesige Summen werden für die Renovierung von Voodoo-Tempeln und des Strandes von Ouidah ausgegeben, wo die wichtigsten Voodoo-Feiern stattfinden. Dieses Jahr am 10. Januar organisierten die Behörden dort eine prunkvolle Feier. Politiker*innen stellen sich darüber hinaus oft mit Voodoo-Führer*innen und -Priester*innen gut, in der Hoffnung, von spirituellen Kräften zu profitieren.

ALLE WEGE FÜHREN ZU GOTT

Da in Benin so viele Religionen praktiziert werden, ist es oft schwer zu sagen, wer Muslim*in, Christ*in, Voodoo-Anhänger*in oder etwas anderes ist – oder auch mehreren Religionen gleichzeitig angehört. Die Menschen in Benin sind dafür bekannt, verschiedene Religionen zu vermischen, die auf den ersten Blick wenig miteinander zu tun haben.

Einige Priester der katholischen Kirche in Benin verurteilen diesen Synkretismus in ihren Predigten. Auch muslimische Geistliche verurteilen diese Praktiken scharf. Protestant*innen in Benin haben hingegen eine liberalere Haltung. Pfarrer Henri Harry, ein verstorbener Oberhaupt der evangelischen Kirche, sagte, er sehe nichts Falsches darin, wenn Christ*innen Voodoo-Tempel besuchten, und versuchte pragmatisch zu bleiben – für viele Menschen in Benin führen eben viele Wege zu Gott. Zuletzt hat auch die katholische Kirche ihre Haltung gelockert und versucht, sich in lokale Bräuche und Kulturen zu integrieren, um nicht nur zu überleben, sondern auch zu wachsen.

SAAT DER SPALTUNG

Vor kurzem hat die aktuelle Regierung unter Präsident Patrice Talon beschlossen, ver-

schiedene religiöse Würdenträger*innen, Könige und traditionelle Oberhäupter offiziell anzuerkennen. Die Zahl der Tempel, Klöster und anderer Kultstätten ist daraufhin explodiert. Talon ist ein starker Befürworter des Voodoo, interveniert aber gleichzeitig gelegentlich, um die verfeindeten muslimischen Gemeinschaften in Cotonou, der größten Stadt Benins, zu versöhnen.

Heute haben neue Voodoo-Gottheiten aus Ghana, hinduistische Sekten aus Indien und muslimische Bewegungen wie Ahmadiyya viele Anhänger*innen in Benin. Auch

„Voodoo-Anhänger*innen glauben, dass Voodoo genau deshalb existiert: um Harmonie und Verständnis innerhalb von und zwischen Gemeinschaften zu schaffen.“

Rosenkruzertum und Freimaurerei verzeichnen eine große Zahl von Gläubigen. Neue Gotteshäuser, sogenannte „Kirchen des Erwachens“, schießen wie Pilze aus dem Boden. Viele von ihnen behaupten, gegen Hexerei und dunkle Kräfte zu kämpfen. Einige versprechen Gläubigen sofortigen Reichtum.

Dennoch besuchen viele Christ*innen und Muslim*innen weiterhin heimlich Voodoo-Schreine, oft auf der Suche nach materiellem Reichtum und spirituellen Kräften. Viele sind gleichzeitig Mitglieder geheimer Kulte.

Obwohl ein interreligiöser Dialog geführt wird, um den Frieden in Benin zu fördern, kommt es zu Brüchen in der Harmonie zwischen den Gruppen. Vor allem dschihadistische Aufständische, die im Norden Benins gewalttätige Anschläge verüben, nutzen religiösen Hass und negative Propaganda, um Zwietracht zu säen.



KARIM OKANLA
ist Dozent für Medienwissenschaften und freier Journalist aus Benin. Sein Buch

„Voodoo in Benin: a blessing or a curse?“ ist 2023 bei Les Éditions du Flamboyant et Communications in Cotonou erschienen.

karimokanla@yahoo.com



„Indigenes Land ist kein Ackerland“: Protest beim Gipfel der Amazonasstaaten im brasilianischen Belém im Sommer 2023.

MENSCHENRECHTE

„Spirituell kodiert“

Obwohl Wissen und Praktiken indigener Völker ökologisch höchst relevant sind, werden ihre kosmologischen Vorstellungen oft nicht ernst genommen. Frank Schwabe, der Beauftragte der Bundesregierung für Religions- und Weltanschauungsfreiheit, erklärt im E+Z/D+C-Interview, weshalb das destruktiv ist.

Frank Schwabe im Interview mit Hans Dembowski

Auf welche Weise ist die Religionsfreiheit indigener Völker bedroht?

Wichtig ist zunächst, dass Indigene selbst und ihre Lebensweisen bedroht sind, und das hat auch eine religiöse Dimension. Die Weltkonferenz zur Biodiversität hat in Kolumbien kürzlich festgehalten, dass diese Völker wesentlich zum Erhalt der Natur beitragen. Sie sind auch für den Klimaschutz wichtig. Ihre Wissenssysteme sind jedoch spirituell kodiert, denn sie beruhen nicht auf wissenschaftlichen Studien. Aus verschiedenen Gründen wird indigene Spiritualität

meist weder von der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft noch von der internationalen Politik ernst genommen. Das hat eine lange Geschichte, die mit der Kolonialisierung anfängt. Bis heute sind Indigene und ihre Weltanschauungen in der öffentlichen Diskussion weitgehend unsichtbar. Dabei spielt auch eine Rolle, dass es Menschen, die sich für aufgeklärt halten, widerstrebt, spirituelle Kategorien zu akzeptieren.

Hat das Folgen – zum Beispiel, wenn bei Landkonflikten die Gewohnheitsrechte und das Gewohnheitseigentum indigener Gruppen verletzt werden?

Ja. In Honduras habe ich zum Beispiel erfahren, dass staatliche Institutionen oft gar nicht verstanden, worum es Indigenen in solch einer Auseinandersetzung ging. Sie forderten keine Landtitel für klar abgegrenzte Gebiete. Sie wollten einen Diskurs darüber führen, wie bewaldetes Land genutzt werden darf, und zwar unabhängig davon, wem nun welcher Hektar gehört. Aus

der ethnologischen Forschung wissen wir, dass es im kosmologischen Denken vieler indigener Völker absurd ist, Land mit Strichen abzuteilen. Sie sehen Menschen in der Regel als Teil der Natur, also nicht die Natur als Umwelt der Menschen. Sie finden es inakzeptabel, andere zu Objekten des Handelns zu machen. Dass indigene Kosm visionen Respekt verdienen, folgt aus der ILO-Konvention 169, dem Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation über Indigene Völker.

Diese besagt auch, dass auf dem Gebiet indigener Völker große Infrastruktur- oder Bergbauvorhaben nur mit deren „free, prior, informed consent“ zulässig sind. Das heißt, die Indigenen müssen freiwillig und auf der Basis umfassender Information zustimmen. Wenn ihre Vorstellungen aber gar nicht zum geltenden Gesetz über Landbesitz passen, wird das schwierig.

Genau, und das ist ein Grund, weshalb mein Anliegen ist, auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene Diskurse in Gang zu bringen, die solche Dinge aufgreifen. Daraus folgen dann nicht unmittelbare Handlungsanweisungen, denn es geht erstmal um besseres Verstehen. Wenn wir den Fokus so erweitern, wird das aber letztlich auch bei uns Effekte haben.

Die Menschenrechte indigener Gruppen werden vielfach verletzt. Ist die Annahme, dass Regierungen ausgerechnet auf ihre Religions- und Weltanschauungsfreiheit mehr Rücksicht nehmen werden, nicht naiv? Das nehme ich auch gar nicht an. Es ist trotzdem wichtig, darauf hinzuweisen, dass auch dieses Recht regelmäßig verletzt wird, um so den Debattenraum zu erweitern und die Sensibilität für indigene Anliegen generell zu stärken. Der 3. Bericht der Bun-

„Westliches Regierungshandeln widerspricht leider immer wieder öffentlich propagierten Prinzipien. Aber daraus folgt doch nicht, dass wir die Menschenrechte einfach aufgeben sollten. Sie sind auch keine westliche Agenda, sondern wurden als universelle Prinzipien von den Vereinten Nationen verabschiedet.“

desregierung zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit hat das getan. Er wird demnächst auf Spanisch gemeinsam mit Fotos der Dokumentarfilmerin Paola Tamayo auch als Buch publiziert, was zivilgesellschaftliche Gruppen in Lateinamerika nützlich finden. Obendrein gibt es immer wieder Fälle, in denen Gerichte die Religionsfreiheit indigener Menschen in Urteilen benennen und berücksichtigen, nachdem andere staatliche Stellen und privatwirtschaftliche Unternehmen sie zuvor ignorierten.

Das ist auch in Indien schon geschehen. Tatsächlich findet die Justiz in vielen Ländern internationale Rechtsprinzipien zunehmend wichtig. Das gilt selbstverständlich besonders dort, wo Staaten die entsprechenden Verträge ratifiziert oder sogar in nationales Recht umgesetzt haben. Diese Entwicklung ist für Indigene und andere Minderheiten gut.

Vielfach berufen sich repressive Akteure selbst auf ihre Glaubensidentität. Ein Beispiel war die Unterstützung von Evangelikalen für die umweltzerstörende Forstpolitik

des rechtspopulistischen Präsidenten Jair Bolsonaro.

Regierungen mit autoritären Neigungen unterstützen oft die Religionsfreiheit – zumindest auf dem Papier. Sie meinen damit aber meistens nur die Freiheit ihrer eigenen Religion. Beim Stichwort Religionsfreiheit denken jedoch nicht nur rechtspopulistische Kräfte wie der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán vor allem an das Christentum. Das geht auch europäischen Mitte-rechts-Parteien ähnlich. Eher linke und liberale Kräfte interessieren sich dagegen oft gar nicht für das Thema. Ich finde es wichtig, den Gedankenraum in alle Richtungen zu öffnen, denn es geht wirklich um ein grundlegendes Recht. Viele übersehen, dass es in manchen Weltgegenden auch Diskriminierung von Humanisten, Atheisten und Nichtreligiösen gibt.

Den Islam sehen in Europa viele Menschen unabhängig davon, welche Parteien sie wählen, nicht als wichtige Weltreligion, sondern als Gefahr. In gewissem Maß wirkt interreligiöser Dialog zwischen Mitgliedern christlicher Kirchen und Angehörigen muslimischer Glaubensrichtungen dem entgegen. Ist solch ein interreligiöser Dialog auch mit indigenen Weltanschauungen möglich, obwohl diese meist keine heiligen Schriften und ausformulierte Theologien haben?

Das ist sehr kompliziert, aber es gibt in Lateinamerika Austausch zwischen Christentum und indigenen Weltanschauungen.



Ein wichtiger Vorreiter ist Kardinal Álvaro Ramazzini aus Guatemala. Er setzt sich als katholischer Geistlicher seit Langem für die Interessen der armen Landbevölkerung ein, die größtenteils Maya-Völkern angehört. Dass er mit großer Wertschätzung auf Indigene zugeht, findet breiten Anklang. Allerdings ist das erst der Anfang eines echten Dialogs – und zwar über 500 Jahre nach dem Beginn der Kolonialisierung und der begleitenden Missionierung.

Westliche Regierungen betonen gern die „regelbasierte Weltordnung“, aber viele Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika empfinden das als doppelbödig, weil internationale Bestimmungen ihre Interessen oft nicht – oder zumindest nicht wirksam – schützen. Auch beim Thema Menschenrechte wird uns häufig Doppelmoral vorgeworfen.

Ich kenne diese Vorwürfe und weiß, dass sie in unzähligen Einzelfällen berechtigt sind. Westliches Regierungshandeln widerspricht leider immer wieder öffentlich propagierten Prinzipien. Aber daraus folgt doch nicht, dass wir die Menschenrechte einfach aufgeben sollten. Sie sind auch keine westliche Agenda, sondern wurden als universelle Prinzipien von den Vereinten Nationen verabschiedet. Trotz aller Defizite westlicher Staaten erkennen viele Menschen an, dass diese Länder ein hohes Maß an Rechtssicherheit bieten. Das schließt die Menschenrechte ein. Dass es Verbesserungsbedarf gibt, bedeutet bestimmt nicht, dass die Menschenrechte wertlos wären.

LINKS
3. Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit:
<https://www.bmz.de/resource/blob/230742/dritter-religions-und-weltanschauungsfreiheitsbericht.pdf>
 Auf Englisch (plus Kurzfassungen auf Englisch, Deutsch und Spanisch):
<https://religionsfreiheit.bmz.de/religionsfreiheit-en/the-report>

 **FRANK SCHWABE**
 ist der Beauftragte der Bundesregierung für die Religions- und Weltanschauungsfreiheit.
<https://www.bundestag.de/services/formular/contactform?mdblId=857980>



Kirchenwald bei der Mitak Amanuel Klosterkirche bei Debre Berhan, Region Amhara.

RELIGION UND NACHHALTIGKEIT

Die heiligen Wälder Äthiopiens

Die Kirchenwälder der Äthiopisch-Orthodoxen Tewahedo-Kirche sind ein beeindruckendes Beispiel für Naturschutz. Aufrechterhalten werden sie durch spirituelle Ehrfurcht, indigenes Wissen und traditionelle Überzeugungen.

Von Christoph Schneider-Yattara und Peter M. Borchardt

Die Äthiopisch-Orthodoxe Tewahedo-Kirche (EOTC – Ethiopian Orthodox Tewahedo Church) ist die größte der orientalisch-orthodoxen Kirchen und eine der einflussreichsten Institutionen Äthiopiens mit mehr als 45 Millionen Anhänger*innen, einer halben Million Geistlicher, über 75 000 Kirchen und 3000 Klöstern.

Mehr als 35 000 dieser Kirchen sind von heiligen Wäldern umgeben, die von einem halben Hektar bis zu mehreren Tausend Hektar groß sind. Sie sind oft die letzten verbliebenen Reste natürlicher Vegetation in durch intensive Landnutzung degradierten Regionen. Sie bewahren eine breite Artenvielfalt und dienen einheimi-

schen Pflanzen- und Tierarten als Schutzgebiet.

Viele lokale Landwirt*innen erinnern sich, wie bewaldet die Landschaften in ihrer Kindheit einst waren – ein Zeichen für die dramatische Veränderung der vergangenen Jahrzehnte. Die Verschlechterung der Böden ist größtenteils auf das rasche Bevölkerungswachstum und die Ausweitung der Landwirtschaft zur Deckung des Nahrungsmittelbedarfs in Gebieten zurückzuführen, die häufig von Ernährungsunsicherheit geprägt sind. Zudem fehlt es an Bewusstsein für eine nachhaltige Land- und Forstwirtschaft.

Die Kirchenwälder haben vor allem aufgrund der spirituellen Bedeutung überlebt, die die EOTC und ihre Anhänger*innen ihnen beimisst. Gläubige betrachten alle Elemente der Kirchenwälder als heilig, ob Bäume, Sträucher, Gras, Wasser oder Tiere. Auch die Lebensweise der klösterlichen Gemeinschaften, die in vielen dieser Wälder heimisch sind, ist von dieser Ehrfurcht geprägt. Ihre nachhaltigen Bräuche sind tief in religiösen Lehren verwurzelt. Dazu gehört,

im Einklang mit der Natur zu leben und die Wälder nur schonend und respektvoll zu nutzen – auch wenn sie für ihre grundlegenden Bedürfnisse auf den Wald angewiesen sind. Für den Naturschutz ist diese Verknüpfung ökologischer Nachhaltigkeit mit spirituellen und kulturellen Praktiken eine wichtige Ergänzung zur konventionellen Forstwirtschaft.

ARBEIT, HOLZ UND ARTENVIELFALT

In Zusammenarbeit mit der Entwicklungsorganisation der Äthiopisch-Orthodoxen Kirche (Ethiopian Orthodox Church Development and Inter-Church Aid Commission – EOC-DICAC) und Brot für die Welt wurde unter dem Namen „Sustainable Church Forest Management Program“ (SCFMP, „Nachhaltiges Kirchenwald-Management-Programm“) ein Projekt entwickelt, das Gemeinschaften bei der Renaturierung und dem Schutz ihrer Wälder unterstützt.

Die Wälder sollen langfristig Arbeitsplätze, Bau- und Brennholz bereitstellen und die Artenvielfalt und Bodenfruchtbarkeit verbessern. Die Bäume binden zudem CO₂ und mildern so die Folgen des Klimawandels. Aufgrund der engen Beziehungen zwischen der EOC-DICAC und den lokalen Gemeinschaften sowie deren Verwaltungen auf Dorf- und Bezirksebene konnte das Programm bereits auf umliegende Gebiete ausgeweitet werden. EOC-DICAC arbeitet auch mit Forschungseinrichtungen und Regierungsbehörden zusammen.

Einige der Kirchenwälder sind allerdings nicht klar abgegrenzt, was zu Interessenkonflikten zwischen den Klöstern und den umliegenden Gemeinden führen kann. Dem beugt die EOC-DICAC vor, indem sie zwischen den verschiedenen Gruppen vermittelt, die Kirchen- und Gemeindeleiter*innen von Anfang an einbezieht und so ein gemeinsames Verständnis für die Bedeutung der Kirchenwälder fördert.

Im Mittelpunkt des Programms stehen Wiederaufforstungsmaßnahmen, vor allem für jene, die von den natürlichen Ressourcen der Kirchenwälder abhängen. Dazu gehören im Wesentlichen zwei Ansätze:

1. Grüne Korridore – Mensch und Natur verbinden:

Das Konzept der „grünen Korridore“ von EOC-DICAC fördert den Austausch von Gemeinden außerhalb der Wälder mit Klöstergemeinschaften, die in den Wäldern le-

ben. Vereinzelte Waldstücke oder natürliche Lebensräume werden dabei verbunden und bestehende Flächen unterschiedlicher Größe und Form erweitert, damit Pflanzen- und Tierarten sich ausbreiten können. Die Korridore können auf regionaler, subregionaler und lokaler Ebene eingerichtet werden. Das Konzept bietet ein Bewertungssystem für die Planung der Korridorstrukturen, die im Hinblick auf Schutz und Vernetzung am besten geeignet sind. Diese sind entscheidend für die Wiederherstellung und Aufwertung von Landschaften.

2. Agroforstwirtschaft – ein Schlüssel zu nachhaltiger Ernährungssicherheit:

Auf den Baumplantagen und dem Ackerland zwischen Dörfern und Kirchenwäldern können verschiedene Kombinationen von Bäumen, Nutzpflanzen und Gemüse angebaut werden. Auf diese Weise trägt die Agroforstwirtschaft gleich mehrfach positiv zum Ökosystem bei. Sie sorgt für:

- höhere Lebensmittel- und Nährstoffvielfalt, die länger im Jahr verfügbar ist,
- geringeres Risiko von Witterungs- und Schädlingschäden als bei Monokulturen,
- Anhebung des Grundwasserspiegels und Verminderung des Oberflächenabflusses mithilfe von Wurzeldrainagen,
- Beschattung und Verringerung der Grundwasserverdunstung,
- Düngung durch Stickstofffixierung und Mulchbildung durch fallende Blätter und
- Verringerung der Bodenerosion.

Mit diesen Ansätzen kann das SCFMP die Ernährungssicherheit in den jeweiligen Regionen grundlegend verbessern. Die Zahl der Hungertage konnte bereits verringert, die Ernteerträge konnten gesteigert und die Vielfalt der Ernährung durch den Anbau von Obst und Gemüse verbessert werden.

Nicht zuletzt trägt das Programm auch zu höheren Einkommen bei, indem es nachhaltige landwirtschaftliche Praktiken fördert, unternehmerische Fähigkeiten vermittelt und eine Kultur des Sparens etabliert. Das Programm zielt besonders auch auf Frauen und Jugendliche ab, indem es lokale Frauengruppen und Jugendliche ohne Chancen auf Landbesitz in alle wirtschaftlichen Aktivitäten und in die Etablierung der grünen Korridore einbezieht.

Dem Naturschutz kommen die Korridore und andere Aktivitäten auf vielfältige Weise zugute: Sie erhalten und stellen Ökosysteme und degradierte Flächen wieder



Prozession auf dem Rückweg von einer Baumpflanzaktion im Kirchenwald Mantogera bei Addis Zemen, Region Amhara, 2019.

her, erhöhen die Dichte und Artenvielfalt der Kirchenwälder, verringern die Verbreitung wasserbürtiger Krankheiten und verbessern nicht zuletzt Kenntnisse und Fähigkeiten lokaler Gemeinschaften bei Naturschutz und Forstwirtschaft.

BEWAHREN AUS RELIGIÖSER EHRFURCHT

Äthiopiens Kirchenwälder sind ein bemerkenswerter Teil des spirituellen Erbes des Landes und der nationalen Green Legacy Initiative, die Teil der vielseitigen Reaktionen Äthiopiens auf die Folgen des Klimawandels ist. Das Besondere ist, dass sie nicht nur aus ökologischen Absichten, sondern auch durch eine tief verwurzelte religiöse Verehrung geschützt werden. Dies verleiht ihnen einen einzigartigen Schutzstatus und einen Rahmen, der bei anderen Erhaltungsmaßnahmen selten zu finden ist.

Für die nachhaltige Bewirtschaftung und den Schutz dieser lebenswichtigen natürlichen Ressourcen sind ein Bewusstsein und ein Gefühl der gemeinsamen Verantwortung entscheidend. Die EOTC spielt hier mit ihrem ökotheologischen Ansatz eine wichtige Rolle, die traditionelles Wissen mit Erkenntnissen laufender Nachhaltigkeitsprogramme verbindet. Die Programmpartner setzen sich deshalb dafür ein, dass die EOTC die Eigentumsrechte an den Kirchenwäldern erhält. Nur so kann sie ihre nachhaltigen Bewirtschaftungs- und Schutzpraktiken effektiv fortführen.

Mit dem SCFMP greift Brot für die Welt auch auf wichtiges indigenes Wissen hinsichtlich der Nutzung natürlicher Ressourcen zurück. Hierin liegt das enorme Potenzial des Programms, möglichst viele Kirchenwälder Äthiopiens zu schützen. Starke Partnerschaften mit kirchlichen Organisationen wie EOC-DICAC sowie lokalen und internationalen Partnern tragen dazu bei, den Umweltschutz landesweit und darüber hinaus zu fördern. Zugute kommt das auch dem friedlichen Zusammenleben und gemeinsamen Engagement für Äthiopiens Naturerbe. Die Kirchenwälder sind ein Beispiel dafür, wie spirituelle Werte und Nachhaltigkeit in Einklang gebracht werden können, um Ökosysteme zu schützen und als Vorbild für einen gemeindezentrierten, ökotheologischen Naturschutz zu dienen.



CHRISTOPH SCHNEIDER-YATTARA

leitet in Addis Abeba das Horn-von-Afrika-Büro von Brot für die Welt.

csyattara@padd-africa.org



PETER. M. BORCHARDT

ist freiberuflicher Restaurierungsberater und arbeitet als leitender Forscher und Projektmanager u. a. für

Brot für die Welt, Plant-for-the-Planet und die Norwegische Kirchenhilfe.

pbo1@gmx.de



Kirchliche Entwicklungszusammenarbeit hat nicht notwendigerweise mit Beten zu tun: Landwirt*innen einer Kaffee-Feld-Schule in Indonesien beim gemeinsamen Essen.

KIRCHLICHE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Die Ressource Hoffnung

In vielen Ländern der Welt sind Spiritualität, Glaube und Religion im Alltag tief verankert. Sie bieten wichtige Zugänge zur Gesellschaft und können Individuen und soziale Strukturen stärken. Glaubensbasierte Akteure, gerade auch christliche, spielen eine besondere Rolle in Prozessen des sozialen Wandels, der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit, erklärt Dagmar Pruin, Präsidentin von Brot für die Welt, im Interview.

Dagmar Pruin im Interview mit Katharina Wilhelm Otieno

Wie sieht Brot für die Welt die Rolle von Glauben, Religion und religiösen Werten in der Entwicklungsarbeit?

Glaube und Religion haben in vielen Teilen der Welt große Bedeutung und sind wirkmächtiger Teil der Realität. Wir sind in Europa und insbesondere in Deutschland schnell dabei, Religion keine große Bedeutung mehr beizumessen. Das stimmt für den sogenannten globalen Süden jedoch nicht. Und ich würde auch für Deutschland und Europa die Frage stellen, ob der Säkularisierungsdiskurs immer richtig abbildet, was tatsächlich passiert. Wir leiten etwa

von sinkenden Mitgliederzahlen der Kirchen ab, dass Religiosität abnimmt. Das ist aber nur eine Ebene und sagt noch nichts darüber aus, ob sich Menschen als religiös oder spirituell definieren. Entwicklungspolitik muss dem Rechnung tragen, dass Religion und Spiritualität zum Menschsein gehören.

Wenn wir von Werten sprechen, ist Partnerschaftlichkeit für uns als kirchliches Entwicklungswerk ein wichtiger Wert. Wir arbeiten durch Partnerorganisationen und implementieren Projekte nicht selbst. Unser eigener christlicher Glaube stellt uns dabei unmissverständlich an die Seite der Armen; jener, die am Rande der Gesellschaft stehen. Kirche kann nur Kirche sein, wenn sie sich diese Parteinahme in ihr Wesen und ihre Organisation einschreibt. Das bildet sich in kirchlicher Entwicklungszusammenarbeit ab, und daraus folgt sehr viel – wie etwa, dass zu Weihnachten für Brot für die Welt in den protestantischen Gottesdiensten gesammelt wird. Das ist kein Add-on, sondern als jene Parteinahme für die Armen ein Kernanliegen des Christentums.

Wie kann Religion in der Entwicklungszusammenarbeit konkret genutzt werden?

In vielen afrikanischen Ländern sind zum Beispiel große Bereiche des Gesundheits- und Bildungssystems in kirchlicher Trägerschaft. Wer diese Systeme stärken will, findet in den Kirchen wichtige Partner. Denn insbesondere in ländlichen Regionen sind zivilgesellschaftliche Strukturen – und Kirche ist Teil der Zivilgesellschaft – Voraussetzung, um Zugang zu Menschen zu erhalten.

Gleichzeitig müssen wir uns immer darüber im Klaren sein, dass Religion in der Entwicklungspolitik sowohl Teil der Lösung als auch des Problems sein kann. Religion kann inhaltlich unterschiedlich gefüllt und gelebt werden und ist daher als ambivalent zu betrachten – deshalb müssen die jeweiligen Kontexte genau analysiert und durchaus auch unterschiedlich beurteilt werden.

Können Sie ein Beispiel nennen?

In der Covid-19-Pandemie haben wir gesehen, dass Impfen weltweit plötzlich zu einer Art Glaubensfrage wurde und wissenschaftliche Erkenntnisse in den Hintergrund traten. Viele Menschen im globalen Süden ließen sich eher impfen, wenn eine Vertrauensperson aus ihrer Religionsgemeinschaft dies empfohlen hatte. Gerade religiöse Gemeinschaften können Vertrauen stiften – und das braucht es vor allem in krisenhaften Situationen. Dabei verschließe ich meine Augen jedoch nicht vor der oben genannten Ambivalenz.

Die Stärke der Religionsgemeinschaften liegt gleichzeitig darin, dass sie von Zukunft und Hoffnung sprechen können. Eine zentrale Botschaft des Christentums ist die Hoffnung, dass sich Verhältnisse ändern können, weil sie schon einmal auf den Kopf gestellt worden sind, und dass Gott für die Menschen ein Leben in Würde und Gerechtigkeit will.

Welche Rolle sollten religiöse Organisationen etwa bei der Förderung von sozialem Zusammenhalt und Frieden spielen?

Die Arbeit, wie wir und unsere Partner sie verstehen, wird von der Frage geleitet, was Zukunft schafft. Und bei der Frage nach der Zukunft gehören für mich als Protestantin Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung als Dreiklang eng zusammen. Dabei ist Frieden mehr als die Abwesenheit von Krieg, sondern auch gerechte Teilhabe.

Dazu können wir mit unseren Partnern beitragen, indem wir etwa Räume schaffen, in denen Fragen diskutiert und

„Die Stärke der Religionsgemeinschaften liegt gleichzeitig darin, dass sie von Zukunft und Hoffnung sprechen können. Eine zentrale Botschaft des Christentums ist die Hoffnung, dass sich Verhältnisse ändern können, weil sie schon einmal auf den Kopf gestellt worden sind, und dass Gott für die Menschen ein Leben in Würde und Gerechtigkeit will.“

ausgehandelt werden können. Darüber hinaus brauchen wir für dauerhaften Frieden aber auch einen Umgang mit der Aufarbeitung von Traumata, Vergebung und Versöhnung. Hier können Kirchen wichtige psychosoziale Unterstützung leisten, denn sie sind in vielen Krisenregionen Anlaufstelle für Seelsorge und Begleitung, um mit Themen wie Tod, Krankheit und Gewalt umzugehen. Wenn dort Vertrauen miteinander geteilt und gestaltet wird, werden Menschen getröstet, wächst Hoffnung auch angesichts von massenhaftem Sterben – und es bildet sich Gemeinschaft, in der das Leben neu gewagt werden kann.

Gibt es Fälle, in denen Glaubensüberzeugungen mit entwicklungspolitischen Zielen in Konflikt geraten? Wie handhaben Sie solche Situationen bei Brot für die Welt?

Grundsätzlich haben wir einen Verhaltenskodex, der sowohl für kirchliche als auch für nichtkirchliche Partner gilt und das Vorgehen im Fall von Diskriminierung oder Menschenfeindlichkeit regelt. Darüber hinaus sehe ich es als Aufgabe für uns als Organisation, Orte zu schaffen, an denen schwierige Themen verhandelt werden können und müssen.

Und was wichtig ist: Wir fördern nicht Religion, sondern entwicklungspolitische Arbeit für mehr Gerechtigkeit. Wir fördern die soziale und diakonische Arbeit von Kirchen – nicht die Kirchen selbst. Unsere Partnerkirchen sind unabhängige, eigenständige Kirchen, sie organisieren ihr Gemeindeleben und ihre inhaltliche Arbeit in eigener Verantwortung. Wo ihre Arbeit dann

entwicklungspolitisch relevant wird, setzen wir an und kommen als Partner hinzu. In dieser Rolle möchten wir sie stärken. Das ist unser wichtiges – zugleich aber auch begrenztes – Mandat.

Mit welchen Organisationen anderer Glaubensrichtungen arbeitet Brot für die Welt zusammen, und wie gestalten sich diese Kooperationen?

Wir schauen immer, was Sinn ergibt. Interreligiöse Arbeit ist herausfordernd. Sicherlich können solche Projekte unglaubliche Kraft entwickeln, etwa wenn sich in Sierra Leone christliche und muslimische Führungsfiguren einig sind, dass Genitalverstümmelung falsch ist. Es gibt aber auch andere Handlungsfelder, bei denen es kaum möglich ist, eine gemeinsame Basis für interreligiöses Engagement zu finden. Diese Grenzen achten wir.

Können Sie konkrete Projekte oder Beispiele nennen, die interreligiöse Zusammenarbeit veranschaulichen?

In Myanmar unterstützen wir eine buddhistisch-christliche Kooperation junger Menschen zum Thema Friedensförderung, in Indonesien ein Programm für christliche, muslimische und hinduistische Gruppen zusammen. Auch hier geht es um Dialog und Friedensförderung, ebenso wie um Themen wie Nachhaltigkeit.

Wir fragen in jedem Kontext, wen wir vor Ort miteinbeziehen können und wo es Strukturen für Entwicklungszusammenarbeit gibt – denn das ist ja unser eigentliches Anliegen. Unsere Partner vor Ort haben meist eine sehr klare Vorstellung davon, mit welchen anderen gesellschaftlichen Kräften im Land wir uns für ein bestimmtes Ziel verbünden können – und wo das nicht möglich ist. Dieses Urteil unserer Partner ist für uns handlungsleitend.

Welche besonderen Herausforderungen sehen Sie in der Zusammenarbeit mit Organisationen anderer Religionen?

Wir arbeiten mit anderen Religionsgemeinschaften zusammen, wo sich gemeinsame Anliegen und Ziele finden lassen. Wir respektieren unterschiedliche weltanschauliche Prägungen, genauso wie wir uns wünschen, dass unsere christliche Identität respektiert wird. Offene Gespräche über gemeinsame Schnittmengen in der Zusammenarbeit, aber auch über Unterschiede

und Grenzen, sind der beste Weg, mit Vielfalt umzugehen.

In Konfliktsituationen muss sorgfältig analysiert werden: Handelt es sich hier tatsächlich um einen religiösen Konflikt, oder wird Religion als Vehikel genutzt und letztlich instrumentalisiert, um etwas zu artikulieren, das eigentlich auf einer ganz anderen Ebene liegt? Ist es etwa ein Kampf um die Verteilung knapper Ressourcen oder bezieht er sich auf die Anerkennung unterschiedlicher ethnischer Identitäten? Je nachdem muss anders mit dem Konflikt umgegangen werden.

Und es ist deutlich: Menschen, die ihre eigene Religion gut kennen und in ihr sprachfähig sind, können sich viel besser dagegen wehren, wenn ihr Glaube für machtpolitische Konflikte instrumentalisiert werden soll. Eine gute Durchdringung des eigenen Glaubens schützt tatsächlich vor solchem Missbrauch von Religion. Insofern kann auch gute religionsbezogene Bildung enorme friedensfördernde Effekte erzielen. Wo wir dagegen sprachlos bleiben angesichts von Religion oder meinen, dass wir sie ausklammern könnten, haben Kräfte, die Religion fundamentalistisch umformen und besetzen wollen, ein leichtes Spiel.

Wie spielt das Thema Umwelt- und Klimaschutz in Ihrer Arbeit eine Rolle?

Ich habe den Dreiklang schon angesprochen, der uns als Grundsatz dient: Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Und ich finde es wichtig, hierbei von Schöpfung zu sprechen und nicht von der Bewahrung der Natur. Beim Erreichen von Klimazielen ist es wichtig, sich deutlich zu machen, dass auch wir Geschöpfe sind. Und zwar Mitgeschöpfe – wir herrschen nicht über die Natur, wir stehen ihr nicht ge-

„Wir respektieren unterschiedliche weltanschauliche Prägungen, genauso wie wir uns wünschen, dass unsere christliche Identität respektiert wird. Offene Gespräche über gemeinsame Schnittmengen in der Zusammenarbeit, aber auch über Unterschiede und Grenzen, sind der beste Weg, mit Vielfalt umzugehen.“

genüber, sondern wir sind ein Teil von ihr. Schöpfung ist Gabe und zugleich Aufgabe an uns. Das ist eine Erkenntnis, die auch jenseits von Religion oder interreligiös tragfähig ist, wo wir gemeinsam nach der Rolle des Menschen bei der Gestaltung eines zukunftsfähigen Lebensstils in planetaren Grenzen fragen.

Aus der Gabe erwächst der Auftrag, die Erde zu hüten, auch für zukünftige Generationen. Für uns als kirchliche Entwicklungsorganisation hat das Thema aber auch mit Gerechtigkeit und der erwähnten Parteinahme für die Armen zu tun: Wir müssen an Gerechtigkeit arbeiten – zwischen jenen, die den Klimawandel verursacht haben und weiter verursachen, und denen, die am stärksten darunter leiden. Auch hier kommt wieder die Gemeinschaft ins Spiel: Die Erkenntnis, dass es ein „Wir“ gibt, das größer ist als das „Ich“.

Welche Überschneidungen und Herausforderungen sehen Sie zwischen einer feministischen Entwicklungspolitik und einer glaubensbasierten Organisation?

Ich bin feministische Theologin, daher stehe ich feministischer Entwicklungspolitik natürlich nahe. Feministische Theologie hat beispielsweise in der Bekämpfung von HIV/Aids eine starke Rolle gespielt. Gleichzeitig gibt es auch hier Herausforderungen: politisch, kulturell, religiös. Mit Blick auf Gendergerechtigkeit kann Religion wieder beides sein, Teil des Problems und Teil der Lösung.

Im Islam und im Christentum, den beiden größten Religionen, gibt es nach wie

vor wenige ordinierte Frauen. Deshalb ist es in unserer Arbeit sehr wichtig, feministische Theolog*innen oder auch queere Netzwerke zu fördern. Feministische Theologie ist Befreiungstheologie.

Bitte erklären Sie kurz, was Befreiungstheologie ist.

Diese theologische Richtung kommt ursprünglich aus Lateinamerika. Im Mittelpunkt steht die Frage, welche Ressourcen wir in der Theologie und in unserem Glauben haben, um die Verhältnisse so zu verändern, dass wir Gerechtigkeit leben können. In Bezug auf feministische Theologie würde das bedeuten, zu schauen, welche Bibelstellen, Gottesbilder und Überlegungen uns befähigen, den Kampf für Gleichberechtigung aufzunehmen. Bibellektüre spielt im Protestantismus grundsätzlich eine große Rolle. Das hebräische Wort für „erbarmen“ heißt „racham“. Dieses Wort hat die gleiche Wurzel wie das Wort „rächäm“, das „Mutter-schoß“ bedeutet. Was folgt aus diesem Befund für unser Gottes- und Menschenbild, für unsere Sprache und die Ausgestaltung von Geschlechterrollen?

Wie sehen Sie die Zukunft der Rolle von Religion in der Entwicklungspolitik?

Da bin ich wieder bei meinen Eingangstatement: Religion ist eine Dimension, die sich nicht ausschalten lässt, weil wir sonst Möglichkeiten und Ressourcen aufgeben würden, Menschen zu erreichen.

Wir erleben im Moment, dass Entwicklungspolitik sehr infrage gestellt wird, ob kirchlich oder nicht. Das ist fester Teil

des autoritär-nationalistischen Diskurses. Ich wünsche mir, dass die Politik hier genau in den Blick nimmt, was wir an dieser Stelle aufgeben würden.

Die kirchlichen Entwicklungswerke bekommen nach wie vor viele Spenden. Wir sollten auch nicht vergessen, dass hier und im globalen Süden viele Menschen sind, die hinter diesen Werken stehen und ehrenamtlich hoch engagiert sind. Gerade das Ehrenamt ist überall eine unglaublich starke Ressource der kirchlichen Arbeit.

Dieses Engagement widerspricht denen, die behaupten, Religion wächst sich aus. Ich muss nicht selbst religiös sein, um zu erkennen, warum religiöse Entwicklungspolitik eine besondere Rolle spielt. Anstatt solche Nebenschauplätze aufzumachen, kommt es darauf an, dass wir alle als demokratische Kräfte gegenüber Angriffen auf unsere Demokratie zusammenstehen.

Ich habe die Ressource Hoffnung bereits angesprochen. Die extrem Rechten auch in unserem Land machen mit Hoffnungslosigkeit Politik. Religion, Glaube und Spiritualität ermöglichen es Menschen immer wieder, Hoffnung auf eine Veränderung der Verhältnisse und eine gerechtere Zukunft zu schöpfen. Das ist die gute Nachricht, von der wir leben – ganz besonders in der kirchlichen Entwicklungsarbeit.



DAGMAR PRUIN
ist die Präsidentin von Brot für die Welt.
presse@brot-fuer-die-welt.de

Abonnieren Sie E+Z auf WhatsApp

Folgen Sie diesem Link, um zu unserem WhatsApp-Kanal zu gelangen:

<https://www.whatsapp.com/channel/0029VadzDFx002T9AJLmq31U>



E+Z ist darüber hinaus präsent auf LinkedIn, Facebook und www.twitter.com (X)





Israelische Zivilverwaltung und Grenzpolizei reißen im Mai 2024 ein Haus in Masafer Yatta ab.

NAHER OSTEN

Zwischen Hoffnung und Ohnmacht

Im Westjordanland dreht sich die Spirale der Gewalt immer weiter. Für viele frustrierte junge Palästinenser*innen führt die Suche nach Gerechtigkeit in die Radikalisierung.

Von Kim Berg

Auf seinem Instagram-Kanal teilt Alaa Hathleen ein Video von einem Gebäude, aus dem flackerndes Licht auf die Umgebung fällt. „Siedler brennen das Haus von Yousef Muhammad Al-Jabarin in Shaab Al-Batm in Masafer Yatta nieder“, schreibt der 25-jährige gelernte Physiotherapeut zu den Bildern. Er lebt in Masafer Yatta, einer Ansammlung palästinensischer Ortschaften im Westjordanland, südlich von Hebron. Dort kommt es immer wieder zu Angriffen israelischer Siedler.

Die Region erlangte zuletzt größere Aufmerksamkeit durch den Film „No Other Land“, der 2024 in die Kinos kam und die Gewalttaten in Masafer Yatta festhält. „Sie töten die Ziegen und Schafe, schneiden die Kabel für die Solarpanels durch, zerstören unsere Olivenhaine und zünden unsere Autos oder sogar Häuser an“, sagt Hathleen. Auf Instagram dokumentiert der Aktivist die Übergriffe.

Im Jahr 1981 bestimmte Israel die Region zu einem militärischen Übungsgebiet,

seitdem wehren sich die zwölf Gemeinden gegen eine Zwangsumsiedlung. Im Mai 2022 entschied der Oberste Gerichtshof schließlich gegen sie. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie Amnesty International befürchten, dass nun Räumungen Platz schaffen sollen für israelische Siedlungen.

Der Druck des israelischen Militärs auf die Bewohner*innen hat seither stark zugenommen, ebenso Übergriffe durch extremistische Siedler. „Militärs dringen nachts in die Dörfer ein, erlassen Ausgangssperren und beschränken die Bewegungsfreiheit, führen Truppenübungen in der Nähe von Wohngebieten durch, beschlagnahmen Fahrzeuge und beschädigen Häuser. Sie machen den Menschen das Leben hier praktisch unmöglich“, sagt David Cantero Pérez, Einsatzleiter von Ärzten ohne Grenzen in den besetzten palästinensischen Gebieten, in einem Pressestatement 2023 über Masafer Yatta.

„Während ich aufgewachsen bin, habe ich mich immer gefragt, weshalb wir keine Elektrizität, kein Wasser und keine Grundrechte haben, die israelischen Siedler in unserer unmittelbaren Nähe aber schon“, sagt Hathleen. Wie ihm geht es vielen jungen Menschen im Westjordanland. Sie fühlen sich ihrer Rechte beraubt, den

Übergriffen durch israelische Siedler und der Armee ausgeliefert und von ihrer Regierung im Stich gelassen. „Innerhalb der palästinensischen Gesellschaft gibt es ein starkes Bewusstsein für persönliche Rechte und zugleich die Frustration, diese Rechte nicht in Anspruch nehmen zu können“, sagt Nizar Farsakh, Dozent für Internationale Beziehungen an der George Washington University in Washington DC und früherer Berater des palästinensischen Präsidenten. „Es entsteht ein extremes Gefühl der Ungerechtigkeit, gegen das sich vor allem junge Palästinenser auflehnen.“

LEGITIMITÄTSVERLUST DER REGIERUNG

Auf Hilfe der eigenen Regierung können die Palästinenser*innen in den besetzten Gebieten nicht hoffen. Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) hat nur in bestimmten Gebieten des Westjordanlands administrative und sicherheitsrelevante Befugnisse. In den sogenannten C-Gebieten, die etwa 60 Prozent des Westjordanlands ausmachen, liegt die vollständige Kontrolle bei Israel. Dort dürfen palästinensische Sicherheitskräfte keine Einsätze durchführen, auch nicht zum Schutz der eigenen Bevölkerung. Zudem ist die PA vertraglich verpflichtet, mit israelischen Sicherheitskräften zusammenzuarbeiten. Dies wird von vielen Palästinenser*innen als Kollaboration mit dem Besatzungsregime wahrgenommen und untergräbt deren Vertrauen in die PA.

Laut einer Umfrage des Palestinian Center for Policy and Survey Research (PCPSR) vom März wünschen sich 84 Prozent der Palästinenser*innen den Rücktritt von PA-Präsident Mahmoud Abbas. Nur acht Prozent der Palästinenser*innen im Westjordanland sind zufrieden mit seiner Arbeit. „Die Regierung von Abbas und der Fatah hat bei der überwiegenden Mehrheit der Palästinenser*innen jede Autorität und Legitimität verloren. Sie gelten als Wegbereiter der Besatzung“, erklärt Sven Kühn von Burgsdorff, zwischen 2020 und 2023 EU-Diplomat für die Palästinensischen Gebiete.

Aus Wut über die Besatzung und die fehlende Repräsentation durch die eigene Regierung nehmen viele Palästinenser*innen ihr Schicksal selbst in die Hand. „Palästinenser wissen, dass sie keine Hilfe von der eigenen Regierung und ihren Sicherheitskräften erwarten können“,

sagt Kühn von Burgsdorff. Dadurch sei in den vergangenen Jahren die Gewaltbereitschaft vor allem unter jungen Palästinenser*innen gestiegen. „Ältere Generationen sind weniger gewaltbereit als jüngere, denn sie tragen das Trauma der blutigen zweiten Intifada in sich und möchten deshalb auf den Einsatz von Gewalt verzichten“, erklärt der Ex-Diplomat. Während der ersten Intifada (1987 bis 1993) und der gewaltvolleren zweiten (2000 bis 2005) beehrten Palästinenser*innen gegen die israelische Besatzung auf.

EXTREMISTISCHE GRUPPEN ERSTARKEN

Von der steigenden Gewaltbereitschaft junger Palästinenser*innen profitieren Milizen und extremistische Gruppen wie die Hamas. Laut einer Studie des Beratungsunternehmens Arab World for Research and Development (AWRAD) vom Mai würden 34 Prozent der Palästinenser*innen im Westjordanland im Alter von 18 bis 24 Jahren aktuell die Hamas wählen. Damit wäre diese im Westjordanland die stärkste Kraft. Die regierende Partei Fatah erhielt hingegen nur 13 Prozent der Stimmen.

Hinzu kommen Milizen wie die „Lions“ in Nablus im zentralen Westjordanland oder die „Jenin-Brigaden“ weiter nördlich.



Junge Palästinenser*innen suchen hier nach Identität und einer Möglichkeit, ihrem Frust Ausdruck zu verleihen. Sie hoffen auf eine Gemeinschaft, die in ihren Augen für Gerechtigkeit und Selbstbestimmung kämpft. „Milizen haben sich vornehmlich in den palästinensischen Flüchtlingslagern entwickelt. Denn in den Flüchtlingslagern leben Palästinenser*innen, die nichts mehr verlieren können, weil sie schon alles verloren haben“, sagt Farsakh.

Durch die zunehmende Gewalt auf beiden Seiten gewinnen radikal-religiöse Kräfte immer mehr an Einfluss. Religiöse Rhetorik wird sowohl von extremistischen Palästinenserorganisationen als auch von der israelischen Regierung und der Siedlerbewegung instrumentalisiert, um politische

und ideologische Ziele zu erreichen und Anhänger*innen zu mobilisieren. Religion dient oftmals als Legitimation für extreme Überzeugungen und drängt säkulare Bewegungen zunehmend in den Hintergrund.

Für einen Ausweg aus der Gewaltspirale müsste sich laut Ex-Diplomat Kühn von Burgsdorff Israel in seiner Position bewegen. „Das Problem ist, dass es ein zutiefst ungerechtes System gibt. Die Lage wird sich nur ändern, wenn die strukturelle Gewalt der Besatzung endet“, sagt er. Aus seiner Sicht sollten Amerikaner und Europäer auf Israel einwirken, die Besatzung aufzugeben.

Ein Ende der Gewalt ist nicht in Sicht. Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und dem folgenden Krieg hat sich die Lage im Westjordanland weiter verschlechtert. Die jüngste Genehmigung neuer Siedlungen durch die israelische Regierung heizt die angespannte Lage zusätzlich an (siehe Kasten).



KIM BERG
ist Redakteurin bei der Kommunikationsagentur Fazit und spezialisiert auf politische Kommunikation.

kim.berg@fazit.de

Annexion als politisches Ziel

Laut einer Studie des Beratungsunternehmens Arab World for Research and Development (AWRAD) vom Mai bewerten 77 Prozent der Palästinenser*innen zwischen 18 und 24 Jahren die Sicherheitslage im Westjordanland schlechter als noch vor einem Jahr. Immer wieder kommt es zu blutigen Zusammenstößen zwischen israelischen Siedlern, dem israelischen Militär, palästinensischen Milizen und der palästinensischen Zivilbevölkerung (siehe Haupttext).

Wie das Büro des UN-Hochkommissars für Men-

schenrechte (OHCHR) mitteilt, starben im Westjordanland und in Ostjerusalem in den 12 Monaten nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 mehr als 720 Menschen. Das sind mehr als dreimal so viele wie im gesamten Jahr 2022. Hinzu kommen fast 800 Straßensperren im Westjordanland und in Ostjerusalem, die Palästinenser*innen in ihrer Bewegungsfreiheit einschränken.

Die Genehmigung neuer Siedlungen gießt Öl ins Feuer. Im Sommer 2024 bewilligte die israelische Regierung den Bau von mehr als 5000 neuen

Wohneinheiten in dem besetzten Gebiet und erkannte drei Außenposten an, die israelische Siedler ohne Genehmigung auf palästinensischem Gebiet errichteten.

Mittlerweile leben mehr als 490 000 Israelis im Westjordanland. Dutzende Siedlungen werden von der UN als völkerrechtswidrig eingestuft. Am 19. Juli erklärte der Internationale Gerichtshof (IGH) die israelische Besatzung der palästinensischen Gebiete, inklusive des Gazastreifens, für rechtswidrig. Der IGH bekräftigte in seinem Urteil das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung in seinem gesamten Gebiet. Trotzdem träumen viele Siedler*innen von einer Annexion des Lan-

des, die von der israelischen Regierung unter Benjamin Netanjahu weiter vorangetrieben wird. In deren Koalitionsvertrag steht der alleinige jüdische Anspruch auf das Westjordanland an zentraler Stelle.

Im Mai 2024 übertrug das israelische Militär zahlreiche Verwaltungskompetenzen der besetzten Gebiete an eine israelische Zivilverwaltung. Die Zuständigen sind Finanzminister Bezalel Smotrich unterstellt. Er selbst ist ein Vertreter der radikalen Siedler und lebt in Kedumim, einer Siedlung im Westjordanland. Zuletzt rief er dazu auf, das Westjordanland und den Gazastreifen zu annektieren und neue Siedlungen tief in den palästinensischen Gebieten zu errichten. KB



Das islamistische Regime zwingt Frauen, eine repressive Kleiderordnung einzuhalten, auch in Kabul.

GENDERGERECHTIGKEIT

Lage afghanischer Frauen verschlechtert sich weiter

Seit seiner Machtergreifung im August 2021 hat das islamistische Taliban-Regime Frauen systematisch aus dem öffentlichen Leben verdrängt. Femizide und andere Formen geschlechtsspezifischer Gewalt haben zugenommen. Ein NGO-Bericht zeigt die Ausmaße auf.

Von Khushboo Srivastava

Laut dem Global Gender Gap Index des Weltwirtschaftsforums ist Afghanistan seit Jahren das Land mit den schlechtesten Lebensbedingungen für Frauen. Die Taliban haben Frauen systematisch entrechtet und aus dem öffentlichen Leben verdrängt. Frauen haben keinen Zugang zu Bildung, Arbeit und öffentlicher Teilhabe. Die radikal eingeschränkte Selbstbestimmung wirkt

sich negativ auf ihre psychische und körperliche Gesundheit aus und verstärkt die zahlreichen Krisen im Land.

Dennoch gibt es Anzeichen bemerkenswerter Widerstandskraft. Einige Frauen leisten subtilen, aber tiefgreifenden Widerstand und streben nach „Hurriyya“ (Freiheit), indem sie trotz aller Hindernisse aus der häuslichen Enge ausbrechen.

Afghan Witness ist eine unabhängige Organisation afghanischer und internationaler Forscher*innen, die Informationen sammeln, überprüfen und dokumentieren. Das Projekt wird von der britischen Non-Profit-Organisation Centre for Information Resilience koordiniert und hat zuletzt den Bericht „The Erasure of Women“ („Die Auslöschung der Frauen“) veröffentlicht. Afghan Witness (AW) dokumentiert darin

nicht nur die systematische Unterdrückung von Frauen, sondern auch die besorgniserregende Zunahme von Femiziden und anderen Formen geschlechtsspezifischer Gewalt.

Nach ihrer Machtergreifung haben die Taliban die Bildungsmöglichkeiten für Frauen und Mädchen stark eingeschränkt. Seit 2022 dürfen Mädchen ab 12 Jahren keine Schulen und Frauen keine Hochschulen mehr besuchen. Kein anderes Land verhängt solch harte Restriktionen. AW schätzt, dass fast 80 Prozent aller afghanischen Mädchen und Frauen keinen Zugang mehr zur Bildung haben. In einigen Regionen ist es noch erlaubt, Gesundheits- oder Religionswissenschaften zu studieren.

Die Taliban haben Schulen geschlossen und Aktivist*innen verhaftet, die sich für die Bildung von Mädchen einsetzen. Das erhöht die Wahrscheinlichkeit für Frühehen und Ausbeutung im Haushalt. Nach Schätzungen von UN Women werden bis 2026 rund 1,1 Millionen Mädchen nicht zur Schule gehen dürfen, was zu 45 Prozent mehr Frühschwangerschaften führen und die Müttersterblichkeit um 50 Prozent ansteigen lassen werde.

Zu den langfristigen Auswirkungen zählt auch zunehmende Armut, weil es Frauen an Erwerbsmöglichkeiten mangelt. Wie AW berichtet, wurden Frauen aus ihren Jobs gedrängt – sowohl im öffentlichen als auch im Privatsektor – und frauengeführte Unternehmen geschlossen. Begrenzte Jobmöglichkeiten für Frauen finden sich etwa noch im Gesundheitssektor. Die Autor*innen geben an, dass 2023 nur noch fünf Prozent der Arbeitnehmer*innen weiblich waren, gegenüber 16 Prozent im Jahr 2020. Die Abhängigkeit von Männern hat also weiter zugenommen, was Frauen anfälliger für Ausbeutung und Missbrauch macht.

Die Taliban haben darüber hinaus strikte Bekleidungs Vorschriften erlassen und die Bewegungsfreiheit von Frauen eingeschränkt. In der Öffentlichkeit müssen sie Körper und Gesicht vollständig bedecken und dürfen Reisen von mehr als 45 Meilen (gut 70 Kilometer) nur in Begleitung eines männlichen Vormunds (Mahram) antreten. Bei einem Verstoß drohen schwere Strafen, darunter Gefängnis. AW berichtet, wie solche Repressalien das Patriarchat stärken und den Kampfgeist mancher afghanischen Frauen brechen.

Früher boten digitale und konventionelle Medien Plattformen für Protest und Aktivismus, doch die Taliban haben weibliche Stimmen zum Schweigen gebracht. Frauen dürfen nicht an Konferenzen teilnehmen, Regierungsvertreter interviewen oder live berichten. Laut AW waren 2023 knapp 94 Prozent der Journalistinnen arbeitslos. Auch zum Internet haben Frauen kaum noch Zugang – und wenn doch, sind sie dort zunehmend Opfer von Belästigung und Missbrauch. Viele politisch aktive Frauen entscheiden sich letztlich für Selbstzensur, weil sie immer häufiger angegriffen werden. Ein Hoffnungsschimmer bleibt jedoch: Einige Afghaninnen haben im Exil frauenspezifische Redaktionen gegründet, um weiterhin über die Lage von Frauen und queeren Personen in Afghanistan zu berichten.

GESCHLECHTSSPEZIFISCHE GEWALT

Geschlechtsspezifische Gewalt hat unter den Taliban stark zugenommen. Darauf wei-

sen etliche Studien zu Femiziden und anderen Gewaltformen hin, darunter Zwangsheirat, sexualisierte Gewalt, häusliche Gewalt und Folter. Frauen erleben sowohl im öffentlichen als auch im privaten Raum Gewalt, und wenn sie gegen Vorschriften verstoßen, werden sie häufig willkürlich verhaftet und öffentlich bestraft.

AW hat nach eigenen Angaben zwischen Januar 2022 und Juni 2024 Berichte untersucht, denen zufolge mindestens 840 Frauen und Mädchen Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt wurden. Mindestens 332 von ihnen wurden getötet. Die Dunkelziffer dürfte noch höher sein, da viele Fälle aus Angst vor Vergeltung nicht gemeldet werden und es kaum noch Hilfsangebote für Opfer gibt. Überlebende können so kaum auf Gerechtigkeit hoffen.

Trotz der brutalen Unterdrückung leisten afghanische Frauen Widerstand, wo immer es ihnen möglich ist. Öffentliche Proteste sind nahezu unmöglich geworden, doch im Verborgenen kämpfen viele

Frauen weiter, sei es in Form von geheimen Schulen, Bibliotheken oder Kosmetiksalons. Sie nehmen dafür hohe Risiken auf sich.

AW mahnt, die Diskriminierung durch die Taliban nicht zu normalisieren. Es gelte international die Anstrengungen zu verstärken, um geschlechterfokussierte Initiativen zu finanzieren, die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern und afghanische Frauen in ihrem Kampf für Freiheit und Würde zu unterstützen.

LINK

Afghan Witness, 2024:

<https://www.afghanwitness.org/reports/the-erasure-of-women>



KHUSHBOO SRIVASTAVA
ist Politikwissenschaftlerin
und Assistenzprofessorin am
Tata Institute of Social
Sciences in Mumbai.

krsrivastava29@gmail.com

NEUES BÜNDNIS

Sanfteres Image

Sri Lankas neuer Präsident Anura Kumara Dissanayake ist ein überzeugter Linker. Im Wahlkampf verzichtete er aber auf die gewohnte marxistische Geringschätzung des buddhistischen Klerus.

Von Arjuna Ranawana

Als Student gehörte AKD – wie das Staatsoberhaupt gemeinhin genannt wird – einer linksradikalen Gruppe an. Diese Haltung behielt er lange bei. Vor der Präsidentschaftswahl in diesem September orientierte er sich aber stärker zur Mitte hin. Medien berichteten von seinen Treffen mit buddhistischen Führungspersonen. Fotos zeigten, wie er Mönchen Geschenke überreichte.

AKD machte auch das Image seiner Partei, der People's Liberation Front (PLF),

sanfter und gründete zudem eine zweite, die National People's Power (NPP). Er ist für beide der Spitzenmann; einige seiner engen Verbündeten besetzen in beiden Organisationen Führungspositionen. Die NPP sprach trotz ihrer Verbindung mit der PLF und deren gewaltgeprägter Vergangenheit eine Wählerschaft aus Mittel- und Oberschichten an, die von der bisherigen Politik enttäuscht ist.

Sri Lanka ist ein multikulturelles Land. Die Mehrheit ist singhalesisch und gehört überwiegend dem Buddhismus an. Die tamilische Bevölkerungsgruppe ist mehrheitlich hinduistisch und stellt ungefähr 15 Prozent der Bevölkerung. Knapp zehn Prozent gehören dem Islam und rund sieben Prozent dem Christentum an.

Aus offensichtlichen Gründen erbitten sich Politiker*innen gewöhnlich den Segen

des buddhistischen Klerus, ob sie nun selbst buddhistisch sind oder nicht. Der Rajapaksa-Clan, der 15 Jahre lang die Politik dominierte, betonte die singhalesisch-buddhistische Identität. Sein Einfluss beruhte auf dem militärischen Sieg über die separatistischen LTTE (Liberation Tigers of Tamil Eelam) nach einem langen und blutigen Bürgerkrieg.

2022 löste dann eine gravierende Finanzkrise einen Volksaufstand aus, der die Rajapaksa-Herrschaft beendete. Keine Regierung kann die Wirtschaft schnell wieder in Schwung bringen – es wird lange dauern.

AKDs linke PLF hat ihrerseits eine Gewalthistorie. Sie rebellierte 1971 und 1987 bis 1989 gegen gewählte Regierungen, gab jedoch später den bewaffneten Kampf auf. Jüngere Mönche haben die PLF in der Vergangenheit durchaus unterstützt, aber das buddhistische Establishment tat das nicht. Das hat sich nun wohl geändert, obwohl es lange Abscheu gegen die PLF gab, nachdem diese in den späten 1980er-Jahren versucht hatte, eine heilige Reliquie – einen Zahn des Buddha – aus einem Tempel in Kandy zu stehlen.



Bei seiner Vereidigung im September ging Präsident Anura Kumara Dissanayake auf buddhistische Mönche zu...



...aber auch auf christliche, hinduistische und muslimische Würdenträger.

Sri Lankas Buddhismus ist von mehreren Einflüssen geprägt. Angesichts der Nähe zu Indien spielt der Hinduismus eine Rolle, und tat das schon in vorbuddhistischen Zeiten. Heute noch haben Tempel typischerweise auch Statuen von Hindu-Gottheiten. Animistische Vorstellungen von Geistern und Dämonen bestehen ebenfalls fort. Traditionell ist der Buddhismus in Sri Lanka synkretisch und grenzt sich nicht mit klaren Linien von anderen Glaubenssystemen ab.

Angesichts christlicher Einflüsse gab es im 19. Jahrhundert eine Renaissance des Buddhismus. Henry Steel Olcott, ein pantheistischer Philosoph aus den USA, spielte dabei eine wichtige Rolle. In dieser Zeit entstand ein singhalesisch-buddhistischer Nationalismus.

Der Kulturwissenschaftler Harshana Rambukwella sieht einen Zusammenhang mit der Kolonialherrschaft. Das British Empire verfolgte Teile-und-herrsche-Strategi-

en. Volkszählungen in den Kolonien dienten deshalb nicht nur Planungszwecken, sondern auch dem Machterhalt. Rambukwella betont aber, dass im frühen 20. Jahrhundert die buddhistisch-singhalesische Identität noch nicht fest verankert war.

Ihm zufolge war 1956 ein Wendepunkt mit einem wichtigen buddhistischen Fest, Wahlen und der Veröffentlichung eines Berichts, der das Narrativ buddhistischer Benachteiligung bekräftigte. Die Botschaft war, die Kolonialmacht habe ihr Versprechen gegenüber der Glaubensgemeinschaft nicht gehalten. Sie kam bei der Mehrheitsbevölkerung gut an, sodass – so Rambukwella – eine allmähliche Institutionalisierung und Politisierung des Buddhismus einsetzte.

Die Verfassung von 1972 machte dann den Buddhismus zwar nicht zur Staatsreligion, gab ihm aber eine besondere Stellung. Das sollte vermutlich die Mehrheitsbevölkerung überzeugen, nährte aber in der tamilischen Volksgruppe Entfremdungsgefühle. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit hatte sie sich für Gleichberechtigung eingesetzt. Ende der 1970er-Jahre mündete das in einen bewaffneten Kampf. Sowohl die singhalesische als auch die tamilische Seite machten sich schwerer Verbrechen schuldig. Die LTTE wurde zur zentralen Miliz des Aufstandes und wurde erst nach drei Jahrzehnten 2009 vernichtend geschlagen. Politisch profitierte der Rajapaksa-Clan von diesem Sieg.

Die Finanzkrise von 2022 hat dann das nationale Selbstverständnis verändert. Präsident Gotabaya Rajapaksa trat zurück und floh zeitweilig ins Ausland. Die Wirtschaftskrise machte allen Gesellschaftsschichten und Glaubensgemeinschaften schwer zu schaffen. AKD verstand es, das politisch zu nutzen. Er profilierte seine neue NPP als Partei gegen Korruption und Vetternwirtschaft und fand damit breiten Anklang.

Bei den Parlamentswahlen im Oktober gewann sie 159 von 225 Sitzen. Sie siegte nicht nur in singhalesischen Wahlkreisen, sondern auch in der tamilischen Hochburg Jaffna. Die Resultate bekräftigten also den Sieg von AKD bei den Präsidentschaftswahlen im September.

ARJUNA RANAWANA
ist ein Journalist auf Sri Lanka.
arjuna.ranawana@outlook.com



Mahatma Gandhi 1931 in London: Sein bescheidenes Auftreten war politisch wirkungsvoll.

HINDUISMUS

Völlig verschiedene Herangehensweisen

Als uralte Religion ist der Hinduismus komplex. Es gibt keine zentrale Hierarchie, aber eine Vielfalt von Traditionen und Ritualen. Der Glaube wird in verschiedenen Regionen und von verschiedenen Kasten unterschiedlich gelebt. Politisch lässt er sich unterschiedlich nutzen. Mahatma Gandhis Herangehensweise während der Unabhängigkeitsbewegung war ganz anders als die von Premierminister Narendra Modi heute.

Von Suparna Banerjee

Mahatma Gandhi gab sich als tiefgläubiger Mann. Dass er wie ein Heiliger verehrt wurde, war politisch nützlich. Das galt auch für sein betont bescheidenes Auftreten. Er kleidete sich mit einem einfachen Tuch und verzichtete effektiv auf prestigeträchtige Symbole.

Sein asketisches Auftreten legte nahe, dass er sich mit den vielen Millionen armer Menschen in Indien, die er als Nation sah,

verbunden fühlte. Er zeigte so auch, dass er mit dem Befreiungskampf keine persönlichen Vorteile verband. Er wählte das Erscheinungsbild eines Pilgers, der auf der Suche nach ewiger Wahrheit ohne irdische Annehmlichkeiten auskommt.

Auch international war das Image wirkmächtig – beispielsweise, als der britische Politiker Winston Churchill ihn einen „halbnackten Fakir“ nannte. Auch Gandhis schnippische Äußerung, westliche Zivilisation sei „eine gute Idee“, fand dadurch größeren Widerhall.

Auf dem Subkontinent funktionierte die Persona, die sich Gandhi schuf. Sie leuchtete nicht nur Hindus ein, denn auch andere Religionen verbinden spirituelle Traditionen mit Asketik. Gandhi war fest im Hinduismus verwurzelt, dem auch der Großteil der indischen Bevölkerung angehört, aber sein Verständnis von Religiosität war auf Inklusion ausgerichtet. Er akzeptierte demonstrativ andere Glaubenssys-

teme und betonte gemeinsame Werte wie Wahrhaftigkeit, geschwisterliche Liebe und Friedfertigkeit. Sein politisches Engagement fußte auf moralischen Prinzipien, auf die sich alle Religionen einigen können. Er verbündete sich auch gezielt mit Menschen anderen Glaubens.

Gandhi setzte wirkungsvoll zivilen Ungehorsam ein. Gewaltfreie Aktionen zeigten, wie lächerlich und zugleich repressiv die britische Kolonialherrschaft war. Weil Gandhis Kampagnen große Aufmerksamkeit erregten, ließen sie sich nicht leicht mit Gewalt unterdrücken. Mitmachen erforderte Zivilcourage, aber das Risiko war deutlich kleiner als bei der Teilnahme an bewaffnetem Kampf. Gandhi mobilisierte dabei mit moralischen Prinzipien, die verschiedenen religiösen Vorstellungen entsprachen.

Teilweise wich Gandhi von hinduistischen Traditionen ab. Wie Reformkräfte vor ihm sprach er sich gegen die Ausgrenzung und Unterdrückung der untersten Kasten aus. Er nannte sie Harijans, Gotteskinder, aber heute nennen sie sich selbst Dalits, die Zerbrochenen. Gandhi ging auf Angehörige aller Kasten zu und forderte andere auf, das ebenfalls zu tun. Allerdings stellte er das ausbeuterische und demütigende Kastensystem nicht in Frage.

Gandhi lehnte es ab, Religionen identitätspolitisch gegeneinander auszuspielen. Es gelang ihm, 1947 gewalttätige Krawalle zwischen Hindus und Muslimen in Kalkutta zu beenden. Er startete in der Stadt einen Hungerstreik und kündigte an, ihn nur abzubrechen, wenn die Ausschreitungen aufhörten. Einige Wochen später konnte er aber dem fürchterlichen Blutbad, das mit der Teilung der Kolonie in die souveränen Staaten Indien und Pakistan einherging, keine Grenzen setzen.

Gandhi führte die Unabhängigkeitsbewegung mit großem Erfolg, danach schwand sein Einfluss jedoch schnell. Unter Premierminister Jawaharlal Nehru verfolgte die Kongresspartei, die er inspiriert hatte, eine sozialistisch-technokratische Strategie, die Gandhis Vorstellungen von kleinen, selbstversorgenden Dorfrepubliken nicht entsprach.

HINDU-CHAUVINISMUS

Narendra Modi, Indiens heutiger Regierungschef, tritt für „Hindutva“, die Dominanz des Hinduismus, ein. Er nutzt den Glauben

anders als Gandhi. Seine Partei BJP gehört zum Sangh Parivar, einem Netzwerk hindu-chauvinistischer Organisationen, aus deren Sicht Indien eine Hindu-Nation sein muss. Andere Religionsgemeinschaften sollen sich unterwerfen. Dem Sangh Parivar schwebt auch eine weltweite Führungsrolle vor.

Teilweise nutzt auch Modi Symbole des Verzichts. Dass er unverheiratet ist, wird oft betont. Manchmal zieht er sich zur Meditation aus dem öffentlichen Leben zurück. Während der Corona-Pandemie ließ er sich einen langen Bart wachsen.

Andererseits legt er Wert auf Symbole der Macht. Gandhi hätte nie wie Modi mit einem großen Brustkorb geprahlt. Der neue Ram-Tempel in Ayodhya hat triumphale Ausmaße. Er entstand an der Stelle der von Fanatikern 1992 zerstörten Babri-Moschee.

Wie der Sangh Parivar gibt Modi vor, andere Religionen zu tolerieren. Allerdings wird im Umkehrschluss gefordert, dass diese den Hinduismus respektieren müssen. In der Praxis bedeutet das, sie sollen sich dessen Kultur unterwerfen.

Wiederholt kommt es zu Gewalt. Lynchmorde werden immer wieder damit begründet, Angehörige des Islam hätten eine heilige Kuh geschlachtet. Hassrhetorik und wilde Gerüchte werden eingesetzt, um Stimmung zu machen – zum Beispiel in Wahlkämpfen. Gelegentliche Pogrome terrorisieren Minderheiten.

Hindu-chauvinistische Kräfte tun gern so, als fördere ihr Glaube Inklusion. Sie wollen, dass niedrige Kasten Stolz auf die Religion empfinden. In der Praxis aber geben mit wenigen Ausnahmen vor allem Männer aus höheren Kasten den Ton an.

Modi und der Sangh Parivar kultivieren ein Gefühl des Grolls unter Hindus. Sie geben vor, Indiens Mehrheitsbevölkerung sei trotz der vielen verschiedenen Sprachen und Kulturen eine homogene Einheit, der seit Jahrhunderten Leid angetan werde. Besonders schüren sie Hass gegen den Islam. Sie behaupten, die heutigen Nöte des Landes seien während der Mogulen-Ära, des Kolonialismus und der Jahrzehnte der Vorherrschaft der Kongresspartei entstanden.

Ihr Vorgehen entspricht dem Muster rechtsextremer Kräfte, die in vielen Ländern derzeit Einfluss gewinnen. Sie entwerfen ein Bild von einer harmonischen Vergangenheit, die sie wiederherzustellen versprechen, wofür sie aber die Feinde des Volkes bekämpfen müssten. Die komplizierte Vergangenheit wird mit simplen Schlagworten in einer sehr engen Blickrichtung erklärt.

Hindu-Chauvinismus ist allerdings nichts Neues. Tatsächlich gehörte der Mörder, der am 30. Januar 1948 Mahatma Gandhi umbrachte, in dieses Lager. Er war verbittert wegen der Teilung Indiens und des begleitenden Blutbads und gab dafür dem gewaltfreien Anführer der Freiheitsbewegung die Schuld.



SUPARNA BANERJEE
ist Politikwissenschaftlerin
und lebt im Rhein-Main-
Gebiet.

mail.suparnabanerjee@gmail.com

Bleiben Sie mit unserem Newsletter zu wichtigen Themen auf dem Laufenden. Wir versenden ihn einmal im Monat sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch. Die Anmeldung zum Newsletter ist kostenfrei auf www.dandc.eu.



Pakistans ländliche Bevölkerung leidet unter schlechter Infrastruktur.

Seite 11



Foto: Imran Mukhtar